

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

5/2017

Spendenempfehlung: 2,00 €

Eine Aggressionsarmee

**Die Bundeswehr
wurde von Hitlergenerälen von Anfang
an aufgebaut, um die in zwei Weltkriegen
gescheiterten weltweiten Expansionsziele des
deutschen Imperialismus zu verwirklichen**

Von Gerhard Feldbauer

Redaktionsnotiz.....	3
Vorwort.....	8
I. So entstand die Bundeswehr.....	9
1. Die Gründerväter waren Generäle Hitlers.....	9
2. Wehrmachts-Gebirgsdivision „Edelweiß“ in der Bundeswehr.....	16
3. Kriegsverbrecher in der Traditionslinie.....	17
4. Der Bonner Staatsdienst übernahm 200.000 Beamte Hitlers.....	18
5. Bereit zum Überfall auf die CSSR.....	20
II. Die Kriegsschule Vietnam.....	21
1. Milliarden Rüstungsprofite.....	22
2. Lernen, wie heute Kriege geführt werden.....	23
3. Bundespräsident Lübke wünschte Luftterror Erfolg.....	25
4. Hitlers Diplomaten Botschafter in Saigon.....	27
5. Piloten der Bundesluftwaffe im Einsatz über Vietnam.....	29
6. 2.500 westdeutsche Techniker in Südvietnam.....	30
7. Lazarettsschiff „Helgoland“ auf „Vietcong-Jagden“.....	31
8. Am Einsatz chemischer Kampfstoffe beteiligt.....	33
9. Unterlagen der Zyklon B-Giftgase überlassen.....	35
10. Reinwaschung bundesdeutscher Beteiligung.....	36
11. Kriegshetze à la Springer.....	37
III. Weltweite Expansionsziele.....	38
1. Mit der Liquidierung der DDR fielen die Schranken.....	38
2. BRD unterstützte einen in Nürnberg geächteten Angriffskrieg.....	43
3. Kriegswichtige Hilfe für Überfall auf Irak.....	44
4. Es geht um Einflussphären und Rohstoff-Ressourcen.....	45
5. Bundeswehr führt weltweit Krieg.....	48
Schlusswort.....	50
Anhang.....	52
1. Abkürzungen von Medien.....	52
2. Literatur, Quellen zum Nachschlagen.....	53
3. Dokumentationen.....	55
4. Der Autor zum Thema.....	55

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Reichenau.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,
Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com, Homepage: www. offen-siv.net

Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49,

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Redaktionsnotiz

Gerhard Feldbauer legt hiermit eine kenntnis- und detailreiche und trotzdem kompakte und übersichtliche Studie über die Bundeswehr vor.

Er untersucht die ihr zugeschriebenen strategischen Aufgaben, die Strukturen und die offenen und verdeckten Aktivitäten – von ihrer Gründung bis heute. Dabei behält er stets die internationalen Kräfte- und Klassenverhältnisse im Blick, ebenso die sich verändernde Situation der imperialistischen Konkurrenz und die sich daraus ergebenden jeweiligen geostrategischen und wirtschaftlichen Interessenlagen.

Dieses Heft möchte im Jahr des 100. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und in Erinnerung an das Dekret Nr. 3 der Revolution „Über den Frieden“ einen Beitrag leisten zum diesjährigen Antikriegstag.

Dazu ein Zitat von Emko: *„Vergessen wir angesichts der Jahrestage von Hiroshima und Nagasaki und in der gegenwärtig bedrohlichen Situation nie: Wer den Krieg besiegen will, muss den Kapitalismus überwinden, den Imperialismus zerschlagen und die Diktatur des Proletariats errichten; ohne ein Ende des Kapitalismus wird kein Friede sein. (Emko, Anfang August 2017)*

Und nun das „Dekret über den Frieden“ vom 26. Oktober (8. November) 1917, gezeichnet vom „Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare, Wladimir Uljanow-Lenin“:

Dekret über den Frieden

„Die Arbeiter- und Bauernregierung, die durch die Revolution vom 24.-25. Oktober geschaffen wurde und sich auf die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten stützt, schlägt allen kriegführenden Völkern und ihren Regierungen vor, sofort Verhandlungen über einen gerechten demokratischen Frieden aufzunehmen.

Ein gerechter oder demokratischer Frieden, wie ihn die überwältigende Mehrheit der durch den Krieg erschöpften, gepeinigten und gemarterten Klassen der Arbeiter und Werktätigen aller kriegführenden Länder ersehnt, ein Frieden, wie ihn die russischen Arbeiter und Bauern nach dem Sturz der Zarenmonarchie auf das entschiedenste und beharrlichste gefordert haben, ein solcher Frieden ist nach der Auffassung der Regierung ein sofortiger Frieden ohne Annexionen (d. h. ohne Aneignung fremder Territorien, ohne gewaltsame Angliederung fremder Völkerschaften) und ohne Kontributionen.

Die Regierung Rußlands schlägt allen kriegführenden Völkern vor, unverzüglich einen solchen Frieden zu schließen, wobei sie sich bereit erklärt, sofort, ohne die geringste Verzögerung, bis zur endgültigen Bestätigung aller Bedingungen eines solchen Friedens durch die bevollmächtigten Versammlungen der Volksvertreter aller Länder und aller Nationen, alle entscheidenden Schritte zu unternehmen.

Unter Annexion oder Aneignung fremder Territorien versteht die Regierung, im Einklang mit dem Rechtsbewußtsein der Demokratie im allgemeinen und der werktätigen Klassen im besonderen, jede Angliederung einer kleinen oder schwachen Völkerschaft an einen großen oder mächtigen Staat, ohne daß diese Völkerschaft ihr Einverständnis und ihren Wunsch unmißverständlich, klar und freiwillig zum Ausdruck gebracht hat, unabhängig davon, wann diese gewaltsame Angliederung erfolgt ist, sowie unabhängig davon, wie entwickelt oder rückständig eine solche mit Gewalt angegliederte oder mit Gewalt innerhalb der Grenzen eines gegebenen Staates festgehaltene Nation

ist, und schließlich unabhängig davon, ob diese Nation in Europa oder in fernen, überseeischen Ländern lebt.

Wenn irgendeine Nation mit Gewalt in den Grenzen eines gegebenen Staates festgehalten wird, wenn dieser Nation entgegen ihrem zum Ausdruck gebrachten Wunsch - gleichviel, ob dieser Wunsch in der Presse oder in Volksversammlungen, in Beschlüssen der Parteien oder in Empörungen und Aufständen gegen die nationale Unterdrückung geäußert wurde - das Recht vorenthalten wird, nach vollständiger Zurückziehung der Truppen der annectierenden oder überhaupt der stärkeren Nation in freier Abstimmung über die Formen ihrer staatlichen Existenz ohne den mindesten Zwang selbst zu entscheiden, so ist eine solche Angliederung eine Annexion, d. h. eine Eroberung und Vergewaltigung.

Diesen Krieg fortzusetzen, um die Frage zu entscheiden, wie die starken und reichen Nationen die von ihnen annectierten schwachen Völkerschaften unter sich aufteilen sollen, hält die Regierung für das größte Verbrechen an der Menschheit, und sie verkündet feierlich ihre Entschlossenheit, unverzüglich Friedensbedingungen zu unterzeichnen, die diesem Krieg unter den obengenannten, für ausnahmslos alle Völkerschaften gleich gerechten Voraussetzungen ein Ende machen.

Gleichzeitig erklärt die Regierung, daß sie die oben genannten Friedensbedingungen keineswegs als ultimatim betrachtet, d. h., sie ist bereit, auch jegliche anderen Friedensbedingungen zu erwägen, wobei sie lediglich darauf besteht, daß das Angebot der Friedensbedingungen seitens irgendeines kriegführenden Landes möglichst rasch und mit vollster Klarheit, bei unbedingter Ausschaltung jeder Zweideutigkeit und Geheimhaltung erfolgt.

Die Regierung schafft die Geheimdiplomatie ab, sie erklärt, daß sie ihrerseits fest entschlossen ist, alle Verhandlungen völlig offen vor dem ganzen Volk zu führen, und wird unverzüglich darangehen, alle Geheimverträge zu veröffentlichen, die von der Regierung der Gutsbesitzer und Kapitalisten in der Zeit vom Februar bis zum 25. Oktober 1917 bestätigt oder abgeschlossen wurden.

Alle Bestimmungen dieser Geheimverträge, soweit sie, wie es zumeist der Fall war, den Zweck hatten, den russischen Gutsbesitzern und Kapitalisten Vorteile und Privilegien zu verschaffen, die Annexionen der Großrussen

aufrechtzuerhalten oder zu erweitern, werden von der Regierung bedingungslos und sofort für ungültig erklärt.

Indem sich die Regierung an die Regierungen und Völker aller Länder mit dem Vorschlag wendet, sofort offene Verhandlungen über den Friedensschluß aufzunehmen, gibt sie ihrerseits ihrer Bereitschaft Ausdruck, diese Verhandlungen sowohl schriftlich, telegrafisch als auch auf dem Wege mündlicher Unterhandlungen von Vertretern der verschiedenen Länder oder auf Konferenzen dieser Vertreter zu führen. Um solche Unterhandlungen zu erleichtern, entsendet die Regierung ihren bevollmächtigten Vertreter in die neutralen Länder.

Die Regierung schlägt allen Regierungen und Völkern aller kriegführenden Länder vor, sofort einen Waffenstillstand abzuschließen, wobei sie es ihrerseits für wünschenswert hält, daß dieser Waffenstillstand auf mindestens 3 Monate abgeschlossen werde, d. h. für eine Frist, die völlig ausreicht sowohl für den Abschluß von Friedensverhandlungen unter der Teilnahme von ausnahmslos allen Völkerschaften oder Nationen, die in den Krieg hineingezogen oder hineingezwungen wurden, als auch für die Einberufung bevollmächtigter Versammlungen der Volksvertreter aller Länder zur endgültigen Bestätigung der Friedensbedingungen.

Die Provisorische Arbeiter- und Bauernregierung Rußlands, die dieses Friedensangebot an die Regierungen und an die Völker aller kriegführenden Länder richtet, wendet sich gleichzeitig insbesondere an die klassenbewußten Arbeiter der drei fortgeschrittensten Nationen der Menschheit und der größten am gegenwärtigen Krieg beteiligten Staaten: Englands, Frankreichs und Deutschlands.

Die Arbeiter dieser Länder haben der Sache des Fortschritts und des Sozialismus die größten Dienste erwiesen - in den großen Vorbildern der Chartistenbewegung in England, in den Revolutionen von weltgeschichtlicher Bedeutung, die das französische Proletariat vollbracht hat, und schließlich im heroischen Kampf gegen das Sozialistengesetz sowie in der für die Arbeiter der ganzen Welt mustergültigen langwierigen und beharrlichen disziplinierten Arbeit zur Schaffung proletarischer Massenorganisationen in Deutschland.

Alle diese Vorbilder proletarischen Heldentums und geschichtlicher Schöpferkraft sind für uns eine Bürgschaft, daß die Arbeiter der genannten

Länder die ihnen jetzt gestellte Aufgabe, die Menschheit von den Schrecken des Krieges und seinen Folgen zu befreien, erkennen werden, daß diese Arbeiter uns durch ihre allseitige, entschiedene, rückhaltlos energische Tätigkeit helfen werden, die Sache des Friedens und zugleich damit die Sache der Befreiung der werktätigen und ausgebeuteten Volksmassen von jeder Sklaverei und jeder Ausbeutung erfolgreich zu Ende zu führen.“ (Lenin Werke, Bd. 26, S. 239ff.)

Wir stehen heute ohne die Sowjetmacht da – mitten in den Kriegsvorbereitungen des Imperialismus und mit leider nicht sehr starken Kräften.

Trotzdem müssen wir den Kampf gegen den imperialistischen Krieg führen, dürfen nicht erlahmen – und zu diesem Kampf um den Frieden gehört auch das, was uns Gerhard Feldbauer mit diesem Heft an die Hand gibt: Klarheit über die Strategie und die Machenschaften des deutschen Imperialismus und Klarheit über die Bundeswehr.

Ihr wisst, dass Zeitungmachen Geld kostet. Wir müssen trotzdem daran erinnern. Bitte macht von unserem Spendenkonto Gebrauch!

Red. offen-siv

Spendenkonto Offensiv:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,

IBAN: DE 10 2505 0180 0021 8272 49,

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.

Vorwort

Ich war als Mitglied von Verdi Fulda (Medienbereich) Koordinator der Berichterstattung in den Medien über die im Herbst 2009 auf Initiative des Kreisvorstandes Fulda des DGB verabschiedete Fuldaer Erklärung zum Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan¹. In Begegnungen vor allem mit jüngeren Unterstützern dieses Appells gewann ich damals den Eindruck, dass die Kenntnisse darüber, dass die Bundeswehr von Hitler-Militärs und von Anfang an als eine Armee aufgebaut wurde, die für die Interessen des deutschen Kapitals wieder Krieg führen sollte, der Vermittlung bzw. der Vertiefung bedürften. Dieser Eindruck hat sich eher noch verstärkt.

Wenn diese Schrift dem nachkommen möchte, wird das sicher einem generellen Anliegen entsprechen, diese Entwicklung in Erinnerung zu rufen und dabei auch die Hintergründe der heute weltweiten Kriegseinsätze der Bundeswehr zur Sprache bringen.

Das erfordert, die widersprüchlichen imperialistischen Interessen, eingeschlossen die Ambitionen des deutschen Kapitals auf zunächst Teilhabe an der Weltherrschaft einzubeziehen.

Und das führt zum Schluss dieser Abhandlung zu der Erkenntnis, dass die BRD heute als führende und treibende Kraft der EU mit dem Ziel agiert, den Staatenbund mit 450 Millionen Menschen und der Hälfte der Weltwirtschaftskapazität in eine Militärallianz mit einer weltweit interventionsfähigen schnellen Einsatztruppe zu formieren, um den USA in absehbarer Zeit im Kampf um die Weltherrschaft Paroli bieten zu können.

Es ist eine Entwicklung, die die Gefahr eines Dritten Weltkrieges heraufbeschwört.

Gerhard Feldbauer

¹ Anlass war der Tod eines 24jährigen aus Fulda stammenden Fallschirmjägers von der Saarlandbrigade, Patric S., der nach 14 Monaten des Leidens an schweren Verletzungen verstarb, die er am 6. August 2008 bei einem Anschlag in Masar-i-Sharif erlitt. Zur Erklärung siehe www.kreisverband-fulda.dgb.de. Siehe auch „Breite Front der Kriegseegner in Hessen“, „jW“, 19./20. Dezember 2009.

I. So entstand die Bundeswehr

1. Die Gründerväter waren Generäle Hitlers

Um den in jüngster Zeit wieder bekannt gewordenen Zuständen über die braune Vergangenheit ihrer Truppe etwas zu entgegnen, behauptete Verteidigungsministerin von der Leyen, der Widerstand der Offiziere um Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg, der am 20. Juli 1944 im Führerhauptquartier „Wolfsschanze“ das Attentat gegen den Diktator ausführte, sei das Fundament der Bundeswehr seit ihrer Gründung im Jahre 1955.

Mit dieser infamen Lüge betätigt sich von der Leyen als Geschichtsfälscherin. Denn außer einer 1961 in Sigmaringen (Baden-Württemberg) nach Stauffenberg benannten Kaserne, die 2014 aufgelöst wurde, spielte dieser in ihren Traditionen bisher kaum eine Rolle.²

² Dabei mag es durchaus zutreffen, dass der erfolgreichen Kriegsministerin, die ruhig zugeschaut hat, wie sich Nazinetzwerke in ihrer Truppe ausbreiten konnten, nun Äußerungen (Aufrufe zum Mord an Flüchtlingen) von deren Exponenten vom Schlage jenes Bundeswehrangehörigen, der ins Internet einen Soldaten mit Maschinengewehr unter der Unterschrift stellte „Das schnellste deutsche Asylverfahren lehnt bis zu 1.400 Anträge in der Minute ab!“, höchst ungelegen kommen. Nicht zuletzt vor den Bundestagswahlen im September 2017, bei denen es um die Wiederwahl Angela Merkels, die als Kanzlerin gleichzeitig Oberbefehlshaberin der Bundeswehr ist, geht.

Wird doch damit der braune Boden, auf dem die Bundeswehr entstand, aufgedeckt, der eher im Verborgenen weiter wirken soll. Wenn dann auch noch dieser Oberleutnant Franco A., der Waffen und Munition für einen Putsch gesammelt hat, Todeslisten vorbereitete, auf denen - nur weil sie zuweilen demokratisch daherschwafeln - bewährte Befürworter der deutschen Expansionspolitik und ihrer Bundeswehr wie Ex-Bundespräsident Joachim Gauck stehen und womöglich auch die Ministerin selbst, dann wirkt das höchst kontraproduktiv. Siehe dazu den Beitrag von Otto Köhler „Löst den braunen Haufen auf“ („Ossietzky“, 10/2017), ferner Ulrich

Obwohl ein Traditionserlass 1982 festlegte „*ein Unrechtsregime, wie das Dritte Reich, kann Tradition nicht begründen*“, und die Bezüge auf Hitlers Armee zurückwies, dominiert der braune Geist weiterhin die Bundeswehr.

Davon zeugt nicht nur, dass das „schwarze Kreuz“ der Hitlerwehrmacht leicht verändert weiterhin ihr Hoheitszeichen ist, sondern auch, dass sich u.a. noch 2010 ein vom Heeresamt der deutschen Streitkräfte herausgegebenes Handbuch mit "Hilfen für den Gefechtsdienst" fast ausschließlich auf Operationen der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg berief. Angeführt wurde u.a. SS-Obersturmbannführer Paul Karl Schmidt (Paul Carell), bis 1945 Pressechef im Auswärtigen Amt Ribbentrops.

Das „Militärgeschichtliche Forschungsamt“ der Bundeswehr bezog sich in einem "Wegweiser" für die deutschen Besatzungstruppen in Afghanistan positiv auf Hitler-Militärs. Über den glühenden Antisemiten Oskar Ritter von Niedermayer³ hieß es, er repräsentiere die "*guten deutsch-afghanischen Beziehungen*" vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg.⁴

Den Grundstein für Geist und Praxis der Armee, deren Aufstellung nicht erst 1955 erfolgte, sondern schon kurz nach der Gründung der Bundesrepublik eingeleitet wurde, legten ihre Gründerväter.⁵ Zu ihnen gehörte Hitler-General Hasso von Manteuffel, der im November 1949 Bundeskanzler Konrad Adenauer eine Studie zur Aufstellung einer Armee aus kriegserfahrenen ehemaligen Wehrmachtssoldaten übergab. Im August 1950 übernahm der frühere General der Panzertruppen, Gerhard Graf von Schwerin, die zentrale Planung. Zwei Monate später beauftragte Adenauer seinen Parteifreund, Wehrmachts-Oberstleutnant Theodor Blank, das nach ihm benannte Amt zur Leitung des Aufbaus einer neuen Wehrmacht zu bilden.

Sander: Von der Wehrmacht zur Bundeswehr – Braune Netzwerke von Anfang an. MB, 4/2017.

³ Er war kaiserlicher General und Professor, versuchte während des Ersten Weltkrieges ein Kriegsbandnis Afghanistans mit Deutschland gegen Großbritannien zu Stande zu bringen.

⁴ Ausführlich. siehe: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/ 57797>

⁵ Schon das erfolgte Grundgesetzwidrig, denn dieses sah keine Bundeswehr vor, wohl aber das Rechts auf Kriegsdienstverweigerung.

Im Juni 1955 - sieben Monate vor den entsprechenden Maßnahmen in der DDR - wurde es zum Verteidigungsministerium umbenannt. Im Bundestag gab Blank die geplante Stärke der Streitkräfte mit 370.000 Mann Heer, 70.000 Mann Luftwaffe, 24.000 Mann Marine und 40.000 Mann Territorialarmee bekannt. Es wurden weitere 44 ausgewählte Wehrmachtsgeneräle eingestellt, vorwiegend Generalstabsoffiziere, kommandierende Generäle oder Divisionskommandeure, die bis 1945 zur jüngeren Wehrmachtselite gehört hatten. Adolf Heusinger und Hans Speidel wurden zu Generalleutnanten ernannt.

Zur Charakterisierung, wes Geistes Kind die Gründerväter waren, hier einige Fakten über die reaktionäre Karriere, die ihr erster Generalinspekteur, Adolf Heusinger, schon in der kaiserlichen Armee im Ersten Weltkrieg begann, in den er als Kriegsfreiwilliger zog. Ein halbes Jahrhundert lang diente er erschreckend erfolgreich vier Regimen des deutschen Imperialismus.

Als Hitler nach seinem Machtantritt 1933 aus der Reichswehr der Weimarer Republik 1935 die Wehrmacht bildete, war Heusinger bereits seit 1930 Generalstabsoffizier in der Operationsabteilung des Truppenamtes (das war die Tarnbezeichnung für den durch den Versailler Vertrag noch immer verbotenen deutschen Generalstab). Mit diesen Erfahrungen stieg er am 15. Oktober 1940 zum Chef der Operationsabteilung des Generalstabes im Oberkommando des Heeres (OKH) auf, die die strategische und operative Führung der Heeresverbände plante. Von seiner maßgeblichen Rolle bei der Planung und Verwirklichung des Überfalls auf die UdSSR zeugte u.a. seine Teilnahme an der Lagebesprechung Hitlers im Führerhauptquartier Rastenburg/Ostpreußen im Oktober 1941 zusammen mit dem Chef des OKW (Oberkommando der Wehrmacht), Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, dem Chef des Generalstabes des Heeres, Generaloberst Franz Halder, dem Oberbefehlshaber des Heeres, Walther von Brauchitsch.⁶ Zusammen mit

⁶ Beitrag von Otto Köhler: Längerer Hals erwünscht. Der erste Generalinspekteur der Bundeswehr ist zu Unrecht dem Strick entkommen. „jW“, 4. August 2017. Auf dem Foto zum Beitrag (aus dem jW-Archiv) ist Heusinger mit den erwähnten Personen zu sehen. Otto Köhler, VVN-BdA, Mit-Herausgeber der Zeitschrift „Ossietzky, ist bekannt durch seine Enthüllungsbücher über die IG Farben, über „Der Spiegel“-

Halder bestärkte Heusinger Hitler in der Ansicht, dass der Krieg in Russland als „Vernichtungskampf“ geführt werden sollte.

Seit August 1942 war Heusinger Chef der als „Bandenbekämpfung“ bezeichneten Verfolgung der Partisanen und der sie unterstützenden Bevölkerung der besetzten Gebiete. Auch wenn er die Befehle zum Mord an unzähligen Menschen, darunter ein Großteil Zivilisten, Frauen und Kinder, am Schreibtisch und nicht direkt an oder hinter der Front erteilte, war er an Kriegsverbrechen beteiligt. In dieser Zeit begann Heusinger Pläne für eine Parteiarmee der NSDAP unter dem Namen „Deutscher Volkssturm Wehrmacht“ auszuarbeiten. 1945 griff Hitler die Idee auf und befahl die Bildung eines „Volkssturms“ aus Kindern und Greisen.

Heusinger nahm an der Lagebesprechung Hitlers am 20. Juli 1944 im Führerhauptquartier „Wolfsschanze“ teil und stand unmittelbar neben dem „Führer“, als die von Oberst Graf Schenk von Stauffenberg in eine Aktentasche gelegte Bombe explodierte. Er wurde an Kopf, Arm und Beinen verletzt und kam in ein Lazarett, wo ihn die Gestapo verhaftete, weil er der Teilnahme an dem Attentat verdächtigt wurde.

Das wurde nach 1945 zum Anlass genommen, ihn zu den Offizieren zu zählen, die zu dem Kreis von Oberst Schenk von Stauffenberg gehört hätten.

Abgesehen davon, dass sich Heusinger wohl kaum neben den „Führer“ gestellt hätte, wäre ihm der Attentatsplan bekannt gewesen, gibt es dafür keinerlei Beweise. Heusinger wurde auch bald wieder aus der Haft entlassen. Er selbst äußerte in seinen Erinnerungen „Befehl im Widerstreit“, Hitler habe ihn im September 1944 empfangen und sich bei ihm dafür entschuldigt, dass er in die Untersuchung des Attentats verwickelt wurde. Heusinger nannte das „eine schwere Zeit für mich“.⁷ Köhler hält fest: *„Auch wenn Heusinger Kenntnisse von den Vorbereitungen der Verschwörer um Stauffenberg gewusst haben könnte, kann er nicht zum Widerstand des 20. Juli gezählt werden.“*

Herausgeber Augstein, die Nachkriegsgeschichte des Hitler-Faschismus und zahlreiche weitere.

⁷ „Befehl im Widerstreit“, Tübingen 1950.

Seit 1948 war Heusinger unter dem Decknamen Dr. Horn in der Organisation Gehlen (OG), der Vorläuferorganisation des Bundesnachrichtendienstes (BND), von seinen Plänen „Deutscher Volkssturm Wehrmacht“ ausgehend, an der „Wiederaufstellung deutscher Streitkräfte gegen die Sowjetunion“ beteiligt.⁸

Reinhard Gehlen war als Generalmajor Befehlshaber der Generalstabsabteilung Fremde Heere Ost der Hitlerwehrmacht. Das war die Spionage-Organisation gegen die UdSSR, die etwa 4.000 Agenten zählte. Im Juni 1946 gestatteten die USA-Besatzungsbehörden, aus deren Personal unter Leitung von Gehlen die nach ihm benannte Organisation zu bilden, deren Zentrale im Dezember 1947 in der ehemaligen „Reichssiedlung Rudolf Heß“ in Pullach bei München eingerichtet wurde. Nach Umwandlung der Organisation Gehlen in den Bundesnachrichtendienst (BND) wurde Pullach dessen Hauptquartier. Gehlen baute als BND-Chef innerhalb der Bundeswehr für die der CIA unterstehende geheime NATO-Armee „stay behind“ auch einen Truppenteil („Stay-behind-Organisation = SBO) auf, der als ein Bundeswehr-Verband ihm unterstand. Wie die Geheimdienst-Experten Erich Schmidt-Eenboom und Ulrich Stoll aufdeckten, wurden für die von Gehlen aufgestellte SBO-Truppe „staatsstreichähnliche Pläne“ erarbeitet, die sich gegen SPD-Politiker und Anhänger einer prosowjetischen Politik richteten. Wie beim Aufbau seiner Organisation und des BND rekrutierte Gehlen auch für die SBO-Truppe frühere aktive Nazis, Offiziere der Wehrmacht und der SS.⁹

Wie James Critchfield, ein CIA-Offizier, der Heusinger in der Organisation Gehlen zugeordnet war, berichtete, forderte dieser statt des von den Besatzungsbehörden der USA für den Aufbau der Bundeswehr vorgeschlagenen Begriffs „Wiederbewaffnung“ den der „Remilitarisierung“ zu verwenden, mit dem Heusinger eine Verurteilung (der, wie hier einzufügen

⁸ Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in Westberlin. Berlin/DDR 1968. Reprint der Ausgabe bei edition ost im Verlag das Neue Berlin, Berlin 2002/2005. Seit 2009 vergriffen. 2012 eine Lizenz-Sonderausgabe bei der Edition Berolina (www.buchredaktion.de).

⁹ Die Partisanen der NATO. Stay-Behind-Organisationen in Deutschland 1946-1991. Berlin 2015.

ist, anfangs und nur sehr halbherzig) von den Besatzungsbehörden durchgeführten „Demilitarisierung“ ausdrücken wollte. „Die Umkehr dieses Vorgangs ist logischerweise die Remilitarisierung“, habe Heusinger argumentiert, aus dem „der ganze Frust über den verlorenen Krieg“ herausgebrochen sei: Die deutsche Öffentlichkeit – vor allem die ehemaligen Wehrmichtsangehörigen – seien, wie Critchfield Heusinger zitiert, „einem konsequenten Programm der Demilitarisierung ausgesetzt“ gewesen.¹⁰ 1963 wurden Heusingers Verdienste beim Aufbau der Bundeswehr mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik mit Stern und Schulterband gewürdigt.

Dass von der Leyen keineswegs die Absicht hat, mit der faschistischen Traditionspflege Schluss zu machen, bezeugte ihr Besuch am 24. Juli 2017 in Hammelburg in der nach dem Gründungsvater benannten General-Heusinger-Kaserne in der Rommelstraße. Sie verteidigte die Benennung der Kaserne für übende Truppen nach Adolf Heusinger mit einer weiteren Geschichtsklitterung: „Der erste General und spätere Generalinspekteur habe entscheidend dazu beigetragen, die Bundeswehr in der Demokratie zu verankern“, behauptete sie im eklatanten Gegensatz zu den Tatsachen.¹¹ Die Ministerin sollte nachlesen, was der keineswegs die Aufstellung der Bundeswehr ablehnende Begründer und langjährige Herausgeber des „Spiegel“, Rudolf Augstein, 1961 in dem Sammelband „Bilanz der Bundesrepublik“, schrieb: „Die neue deutsche Armee wurde nicht gegründet, um den Bonner Staat zu schützen, sondern der neue Staat wurde gegründet, um eine Armee gegen die Sowjets ins Feld zu stellen“.¹²

Wie Heusinger hatten zur Zeit der Gründung der Bundeswehr alle 104 zu dieser Zeit in ihr aktiven Generäle und Admirale unter Hitler gedient. 1965 waren von den nunmehr auf 189 angestiegenen noch immer alle ohne

¹⁰ James H. Critchfield: Auftrag Pullach. Die Organisation Gehlen 1948-1956. Hamburg 2005.

¹¹ „Mainpost“, 25. Juli 2017.

¹² Zitiert in: Otto Köhler: Längerer Hals erwünscht, a.a.O.

Ausnahme Wehrmachtsoffiziere gewesen, darunter über die Hälfte Generalsstabsoffiziere.¹³

Zum Vergleich sei angeführt, dass in der Nationalen Volksarmee der DDR und vorher der Kasernierten Volkspolizei (denen man gerne vorwirft, sie wären ebenfalls mit einem hohen Anteil an Wehrmachts-Militärs aufgebaut worden) zwischen 1948 und 1958 neun Wehrmachtsgeneräle dienten. Von ihren zirka 18.500 Offizieren waren 1956 nur rund 540 Wehrmachtsoffiziere gewesen. 1959 waren es noch 163, deren Zahl sich bis 1964 auf 67 im aktiven Dienst reduzierte. In der BRD kam dagegen noch 1979 jeder zweite der 215 aktiven Generäle und Admirale aus der Wehrmacht. Ganz zu schweigen vom entgegen gesetzten Geist, der in beiden Armeen herrschte.

Unter den Gründungsvätern der Bundeswehr befanden sich weitere fanatische Militaristen und Anhänger des Hitler-Regimes wie Heinz Trettner, Johannes Adolf Graf von Kielmannsegg oder Karl Adolf Zenker. Görings Jagdflieger in der Legion „Condor“, Johannes Trautloft, war maßgeblich am Aufbau der Bundesluftwaffe beteiligt. Er brachte es zum kommandierenden General der Luftwaffengruppe Süd, stieg zum Generalleutnant auf, und erhielt zum Spanienkreuz in Gold¹⁴ das Bundesverdienstkreuz mit Stern. Er begründete die Traditionsgemeinschaft der „Legion Condor“, deren Wirken, so erklärte er, „der bundesdeutschen Jugend als Vorbild dienen“ müsse.¹⁵

In seinen Memoiren „Als Jagdflieger in Spanien“ hatte er mit der Verherrlichung der Massaker an der Zivilbevölkerung aufgezeigt, wie deren Vorbildrolle aussehen sollte: Nach einem Luftangriff auf Madrid rühmte er „uralte Jagdinstinkte“, die „Instinkte des Jägers“ seien durchgebrochen. Nach

¹³ Weißbuch über den Generalkriegsvertrag. Berlin/DDR 1952, Frieden oder Krieg. Ferner: Weißbuch über die Politik der beiden deutschen Staaten. Berlin/DDR 1960.

¹⁴ Das Spanienkreuz wurde am 14. April 1939 von Hitler in drei Klassen und einer Sonderklasse (Gold mit Brillanten) zur Auszeichnung der Soldaten der Wehrmacht, die an der Seite der Franco-Faschisten an der Niederschlagung der Spanischen Republik in der Legion Condor teilgenommen hatten, gestiftet. Es wurde an über 26.000 Wehrmachtssoldaten verliehen.

¹⁵ Jürgen Rose: Falsche Helden. „jW“, 18. Aug. 2009.

Tieffliegerangriffen in der Provinz Toledo beschrieb er, wie MG-Garben in den Feind einschlugen, Lastwagen sich überschlugen.

Das Problem früherer Wehrmachtsoffiziere hat sich in der Bundeswehr inzwischen auf biologische Weise nahezu gelöst. Geblieben ist die unbewältigte braune Vergangenheit, von der Kasernennamen, Wehrmachtslieder und andere Traditionen sowie der an neue Generationen weiter gegebene faschistische Ungeist, der sich immer wieder bemerkbar macht, zeugen. Das demonstrierte 2003 der Brigadegeneral und Kommandeur der Spezialkräfte Calw, Reinhard Günzel, als er offen die antisemitischen Ausfälle des CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann in höchsten Tönen lobte.

Vom Geist, der die Bundeswehr prägte, zeugte auch, dass mit dem Anschluss der DDR fast über Nacht 299 vor allem antifaschistische Traditionsnamen der NVA demontiert wurden, darunter Rudolf Breitscheid und Wilhelm Leuchner, Harro Schulze Boysen, Arvid Harnack und natürlich Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, aber auch Clausewitz, Blücher, Lützow und Schill. Und dazu gehörte auch der Name von Hans Beimler, der nach der Flucht aus dem KZ Dachau zur Verteidigung der Spanischen Republik gegen die Franco-Faschisten und ihre deutschen Helfershelfer nach Spanien ging, wo er als Divisionskommandeur am 1. Dezember 1936 vor Madrid fiel.

2. Wehrmachts-Gebirgsdivision „Edelweiß“ in der Bundeswehr

Ein unbewältigtes Kapitel brauner Vergangenheit der Bundesrepublik stellt auch die sofort nach Bildung der Bundeswehr mit der Truppenbezeichnung der Wehrmacht aufgestellte Erste Gebirgsdivision „Edelweiß“ dar.

Der frühere bayerische Ministerpräsident, Edmund Stoiber, der seinen Grundwehrdienst bei den Gebirgsjägern ableistete, äußerte seinen „besonderen Stolz auf diese spezifisch bayerische Truppe und ihre Leistungen in Vergangenheit und Gegenwart.“

Zu den „Leistungen dieser Edelweiß-Truppe in der Vergangenheit“, auf die Stoiber so stolz ist, gehören die im September 1943, nach der Kapitulation

Italiens und dessen Ausscheiden aus der faschistischen Achse mit Hitlerdeutschland sowie des Übertritts auf die Seite der Antihitlerkoalition von dieser Truppe auf der griechischen Insel Kephallonia an italienischen Soldaten und Offizieren begangenen bestialischen Kriegsverbrechen. Dort weigerte sich die Infanteriedivision „Acqui“, die Waffen niederzulegen und sich in Gefangenschaft der Wehrmachtstruppen zu begeben.¹⁶ In mehrtägigen Gefechten schlug die Division deren Angriffe zurück. Erst den nach Kephallonia verschifften Einheiten der Ersten Gebirgsjägerdivision „Edelweiß“ gelang es mit massiver Luftunterstützung und überlegener Artillerie, den Widerstand der geschwächten Italiener vom 20. bis 22. September zu brechen. Nach der Kapitulation wurden von den Gebirgsjägern der Divisionskommandeur und 155 Offiziere sowie 4.750 Mann niedergemetzelt.

Der Freiburger Militärhistoriker Gerhard Schreiber hielt in seinem Buch „Deutsche Kriegsverbrechen in Italien“ fest, dass es sich um „Mord“ und um „eines der abscheulichsten Kriegsverbrechen in der Geschichte des Zweiten Weltkrieges“ gehandelt habe. Der Internationale Militärgerichtshof in Nürnberg stellte fest, die italienischen Truppen, die sich der Entwaffnung widersetzen, „erfüllten hinsichtlich ihres Status als Kriegführende alle Bedingungen der Haager Konvention“.¹⁷

3. Kriegsverbrecher in der Traditionslinie

Der Kommandierende General des XXII. Gebirgs-Armeekorps der Wehrmacht, General Hubert Lanz, stand in Nürnberg als Kriegsverbrecher

¹⁶ Insgesamt widersetzten sich etwa 200.000 italienische Soldaten und Offiziere, darunter Teile einer Armee und über zehn Divisionen, in Italien sowie auf dem Balkan und Korsika in zum Teil über zwei Monate dauernden erbitterten Kämpfen der Entwaffnung durch die deutsche Wehrmacht. In Rom bezogen noch am 8. September, dem Tag der Kapitulation Italiens, vier Divisionen Stellungen gegen die Wehrmacht.

¹⁷ G. Schreiber: Deutsche Kriegsverbrechen in Italien, München 1996, S. 49 ff.

vor Gericht. Er kam mit zwölf Jahren davon, von denen er nur fünf verbüßte. Feldmarschall Albert Kesselring, Oberbefehlshaber im Mittelmeerraum, den ein britisches Militärgericht unter anderem wegen der Kriegsverbrechen in Italien zum Tode verurteilte, wurde zu lebenslanger Haft begnadigt und kam im Rahmen der Einbeziehung des Wehrmachtspotenzials in die NATO bereits 1952 frei.

In der Bundesrepublik gingen die Verantwortlichen für die zahllosen Kriegsverbrechen straffrei aus, darunter die Gebirgsjäger von denen nicht wenige Karriere in der Bundeswehr, der Polizei, in den Diensten des Staates und seiner Parteien machten. Zwar wurde gegen 300 Täter der Gebirgsjäger ermittelt, bis 1972 aber sämtliche Verfahren eingestellt.

Bei der Ersten Gebirgsdivision der Bundeswehr, wurde Lanz in die Traditionslinie eingereiht. Er wurde sicherheitspolitischer Berater der FDP.

Major Reinhold Klebe, unter dessen Kommando in Kephallonia, wie Schreiber darlegt, 400 Gefangene ermordet wurden, brachte es in der Bundeswehr als Oberstleutnant bis zum Standortältesten von Mittenwald. In der Zeitschrift „Die Gebirgstruppe“ rühmte er den Einsatz in Kephallonia „als eine große Leistung deutscher Truppen im Gebirgskrieg“.

Der erste Generalstabsoffizier der Edelweiß-Division Hitlers, Karl Wilhelm Thilo, schaffte es bis zum Drei-Sterne-General der Bundeswehr.¹⁸

4. Der Bonner Staatsdienst übernahm 200.000 Beamte Hitlers

Hitlers Militärs fanden jedoch nicht nur in der Bundeswehr Verwendung. Von den 18 Ministern der dritten Regierung Adenauer (1957-1961) waren vier aktive Mitglieder der NSDAP oder der SA und sechs Offiziere der Wehrmacht gewesen. Zu ihnen gehörte der an Nazi- und Kriegsverbrechen beteiligte frühere NSDAP-Aktivist

¹⁸ Siehe dazu: Eine Mordtruppe. Hg.: Bundesausschuss der VVN-BdA, Renchen 2009.

Theodor Oberländer, der seit 1953 Vertriebenen-Minister Adenauers war und 1955 der CDU beitrug. Er war unter Gehlen als Geheimdienstler Verbindungsoffizier zu den ukrainischen Nationalisten und neben Massenmorden auch an Anschlägen hinter der Front beteiligt.

Hans Globke, die „Graue Eminenz“ der Adenauer-Regierung, der seit 1953 Staatssekretär des Bundeskanzleramtes war, hatte als Ministerialbeamter im Reichsinnenministerium Hitlers die Kommentare zu den sogenannten Nürnberger Rassegesetzen verfasst und das in den Pässen von Juden eingeprägte „J“ eingeführt. Er trug nachweislich Mitverantwortung für die Deportation Zehntausender Juden in deutsche Vernichtungslager.¹⁹

Das Innenministerium der Regierung Adenauer leitete von 1953 bis 1961 der Gefolgsmann der SA und der Hitlerpartei Gerhard Schröder, nunmehr Mitglied der CDU. Unter ihm brachte es der SS-Hauptsturmführer Theodor Savaecke²⁰ bis zum Regierungskriminalrat und Vizechef der Sicherungsgruppe Bonn des BKA. In Schröders Ressort waren allein 250 Gestapoleute in verantwortlichen Stellungen tätig.

80 % aller Richter und Staatsanwälte der Bundesrepublik waren ehemalige Mitglieder der faschistischen Partei.

Über vier Fünftel der Staatsbeamten des dritten Reiches blieben in der Bundesrepublik auf ihren Posten und setzten ihre Laufbahn fort. Anders ausgedrückt: 200.000 frühere Beamte Hitlers wurden in den Bonner Staatsdienst übernommen.

Alte Faschisten waren maßgeblich an dem bis Anfang der 60er Jahre ausgesprochenem Verbot von über 200 demokratischen und oppositionellen Organisationen beteiligt, darunter der Verhängung des Urteils gegen die KPD. Zur gleichen Zeit sorgten frühere aktive Anhänger des Hitlerregimes dafür,

¹⁹ In der DDR wurden gegen Oberländer und Globke Gerichtsprozesse durchgeführt und sie wurden in Abwesenheit zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt, während sie in der BRD in hohe und höchste Staatsämter aufstiegen.

²⁰ Savaecke, auch „Der SS-Henker von Mailand“ genannt, war u. a. für die Ermordung von über 2.000 Juden und Widerstandskämpfern verantwortlich.

dass sich über 1.100 faschistische, militaristische und revanchistische Organisationen und Verbände konstituieren konnten.

In diesem braunen Sumpf wurde die Bundesrepublik insgesamt geboren, dort gedieh ihre neue Wehrmacht.

5. Bereit zum Überfall auf die CSSR

Als 1968 opportunistische Kreise um den KPTsch-Generalsekretär Alexander Dubcek in der CSSR in einem im Westen „Prager Frühling“ getauften Umsturz versuchten, die sozialistische Entwicklung in eine sozialdemokratische umzuwandeln und mit konterrevolutionären Kräften den Sturz des sozialistischen Systems herbeizuführen, stand die Bundeswehr im Rahmen der NATO Gewähr bei Fuß und hoffte, Möglichkeiten zur Durchsetzung ihrer eigenen Expansionsziele nutzen zu können. Auf den Übungsplätzen Grafenwöhr und Hohenfels (nur 30 bis 50 Kilometer von der tschechoslowakischen Grenze entfernt), beteiligte sie sich, wie einem Bericht von „Die Welt“, 24. Juli 1968 zu entnehmen war, zusammen mit einer US-Panzerdivision und einem französischem Regiment mit 40.000 Soldaten an einem Manöver, das bezeichnender Weise unter dem Code „Schwarzer Löwe“ (dem "weißen Löwen" im tschechoslowakischen Staatswappen entgegengesetzt) eindeutig gegen die CSSR ausgerichtet wurde. Die Planung und Leitung der Großverbandübung lag in den Händen des Stabes des in Ulm stationierten II. Bundeswehr-Korps.

Aus dem Manöver heraus, das "unter realistischen Gefechtsbedingungen" mit scharfer Munition stattfand („Der Spiegel“ 31/1968) hätte kurzfristig und unter Nutzung des Überraschungsmoments ein Überfall auf die CSSR und damit ein Raketen-Kernwaffenkrieg gegen den Warschauer Pakt vom Zaune gebrochen werden können.

Das Vorgehen wurde mit dem Aufmarsch der Wehrmacht in der sogenannten „Sudetenkrise“ 1938 verglichen, aus dem heraus Hitler damals den Überfall auf die Tschechoslowakei durchführte. Auch wenn das Manöver vordergründig eine Drohbärde war, schlossen Experten in ihren

Einschätzungen nicht aus, dass die NATO und vor allem die Bundeswehr ihre Chance genutzt hätten, wenn die Gelegenheit günstig gewesen wäre - wenn etwa die tschechoslowakische Armee den einmarschierenden Warschauer Pakt-Truppen Widerstand geleistet und Dubcek den Westen um Hilfe gebeten hätte.

Führende Vertreter der KPTsch-Führung und der Regierung der CSSR, die sich der Konterrevolution entgegenstellten, hatten die UdSSR um militärische Unterstützung gebeten, die diesem Ersuchen am 21. August 1968 mit der Entsendung von Truppen des Warschauer Vertrages entsprach.²¹

Als 1989/90 die Renegaten mit KPdSU-Generalsekretär Michael Gorbatschow an der Spitze die UdSSR und ihre Verbündeten im Warschauer Vertrag der Konterrevolution auslieferten, konnten dieselben Kräfte, die 1968 gescheitert waren, mit dem Sohn einer großbürgerlichen Unternehmer- und Grundbesitzer-Familie Václav Havel an der Spitze diesmal den Sieg der Konterrevolution durchsetzen.

Nun zeigte sich, um was es der Konterrevolution, die 1968 einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ propagiert hatte, in Wirklichkeit ging: Um die Restauration der kapitalistischen Ordnung, wie sie heute dort, in der DDR und in den anderen früheren sozialistischen Staaten Osteuropas existiert, außerdem um die Integration dieser Länder in die NATO, so dass sie heute an deren weltweiten Aggressionskriegen teilnehmen.

II. Die Kriegsschule Vietnam

²¹ Vasil Bilak: Wir riefen Moskau zu Hilfe. Der "Prager Frühling" aus der Sicht eines Beteiligten. edition ost, Berlin 2006.

1. Milliarden Rüstungsprofite

Die große Stunde kam für die Bundesrepublik und ihre neue Wehrmacht mit dem USA-Krieg gegen Vietnam. Mehr als alle anderen Bündnispartner der USA beteiligte sich die BRD an diesem verbrecherischen Krieg.²²

Nach zwei verheerenden Niederlagen in von ihm angezettelten Weltkriegen wollte der deutsche Imperialismus in der neuen Bündniskonstellation sich als Hauptverbündeter der USA profilieren, diesbezüglich seine Rolle in der NATO stärken, die Aufhebung noch vorhandener Rüstungsbeschränkungen durchsetzen sowie Mitspracherechte und Verfügungsgewalt über Atomwaffen erlangen.

Dabei spielten die beträchtlichen Kriegsprofite, welche die westdeutschen Konzerne aus der Beteiligung an der USA-Aggression scheffelten, naturgemäß eine zentrale Rolle. Die USA-Rüstungsindustrie erzielte nach Schätzung der „International Herald Tribune“ vom Dezember 1968 zu dieser Zeit jährlich Gewinne von 4,5 Milliarden Dollar. Mitte der sechziger Jahre waren bereits 18 westdeutsche Unternehmen mit den 30 größten Rüstungskonzernen der USA durch Kapitalbeteiligung und Aufträge verflochten.

Von 1960 bis 1969 stiegen die Kapitalanlagen westdeutscher Betriebe in den USA auf das Fünffache. Wenn die Nettoprofite der 100 größten Aktiengesellschaften der Industrie der BRD von 18,5 Milliarden 1966 auf 30,5 Milliarden DM 1970 anwuchsen, schloss das beträchtliche Profite aus Beteiligungen an Kriegsgeschäften ein. Die größten Gewinne steckten die IG-Farbenachfolger, die Stahlkonzerne und die Werften ein. AP meldete am 14. März 1967 aus Bremen, dass die mit Thyssen liierten Bremer Werften für die USA 39 „German Liberty-Schiffe“ bauten, die vor allem dem Transport von Kriegsmaterial nach Vietnam dienen.

²² Dazu informierte im März 1967 ausführlich eine Dokumentation des Vietnamausschusses beim Afro-Asiatischen Solidaritätskomitee in der DDR: Die westdeutsche Beteiligung an der USA-Aggression in Vietnam. Ebenso Horst Rennhack: BRD-Imperialismus, Komplize der USA-Aggressoren. Berlin/DDR, 1973.

Mit der Unterstützung der USA-Aggression in Vietnam, für Kriegsverbrechen und Völkermord, erreichte die Bundesrepublik als völkerrechtlicher Nachfolgestaat des Dritten Reiches faktisch die Rehabilitierung der von der Hitlerwehrmacht in den besetzten Gebieten begangenen ähnlichen Verbrechen durch Washington.

Der frühere Wehrmachtsoberst Albert Schnez, der zum Generalleutnant und Heeresinspekteur der Bundeswehr aufstieg, nahm das laut „Frankfurter Rundschau“ vom 15. Dezember 1969 zum Anlass, die Pflege des Geistes der faschistischen „Kampfbataillone und -kompanien des letzten Krieges“ als „Vorbild“ zu fordern.

Wenn die USA mit westdeutscher Beteiligung sich in Südvietnam die Ergebnisse und Erfahrungen der Giftgasproduktion und ihrer Anwendung durch die IG Farben während des Zweiten Weltkrieges, u. a. in den Konzentrationslagern, zunutze machten, dann bedeutete auch das nichts anderes als die Rehabilitierung selbst dieser in Nürnberg verurteilten Kriegsverbrechen Hitlerdeutschlands.

2. Lernen, wie heute Kriege geführt werden

Im Rahmen der USA-Strategie des „Roll-back“ des Sozialismus konnte die Bundesrepublik ihre eigenen revanchistischen Expansionsziele, die sich auf die DDR und andere „verlorene“ Ostgebiete erstreckten, vertreten und, wie „Die Welt“ am 23. Mai 1964 schrieb, in Vietnam „lernen, wie heute Kriege geführt werden“.

Bundeswehrreserveoberst Adalbert Weinstein forderte in der „FAZ“ vom 28. Dezember 1965 „neue operative und taktische Erkenntnisse“, die der dort geführte Krieg vermittele, zu studieren. Die Zeitschrift „Wehr und Wirtschaft“, gleichermaßen Sprachrohr der Bundeswehrführung und der Rüstungsindustrie, sprach in ihrer Nr. 8/9-1965 von der „Kriegsschule Vietnam“, dem „Probefall Vietnam“, der zu „waffentechnischen Überlegungen“ anrege und Erfahrungen, beispielsweise darüber vermittelt, wie heute „taktischer Luftkrieg am besten“ geführt wird.

Oberstleutnant Holltorf, Generalstabsoffizier und Militärattaché in Saigon, erklärte 1967, er habe „selbstverständlich die Aufgabe, alle Entwicklungen, die für die eigene Militärpolitik, für die eigene Waffenentwicklung von Bedeutung sind, zu verfolgen.“

Die etwa 540.000 in Südvietnam stehenden GIs hielt Herr Holldorf für unzureichend und empfahl, „um den Krieg militärisch zu beenden, müssen sie hier Truppen reinpumpen, noch und noch und noch.“ Zum Ende des Krieges äußerte der Bundeswehrmilitär, das könne erst der Fall sein, „wenn Nordvietnam zum Einlenken gezwungen wird. Ob dieses Einlenken nun erreicht wird durch eine Besetzung Nordvietnams, oder ob es durch andere militärische Mittel und meinetwegen durch Verschärfung des Luftkrieges, das ist völlig offen.“²³

Ende März 1966 begab sich ein gewisser Konrad Ahlers, zu dieser Zeit stellvertretender Chefredakteur des „Spiegel“. Nach Saigon. Schon ein Jahr später avancierte er für drei Jahre zum Pressechef und Staatssekretär der SPD-FDP-Regierung.

In einem amerikanischen Militärjeep ließ sich Ahlers von einem Colonel der Special Force „in die vorderste Linie“ fahren. Der Oberst erklärte ihm die Lage. Danach traf der „Spiegel“-Mann US-Oberbefehlshaber Westmorland, der ihm „klar machte“, diesen Krieg „können die Amerikaner militärisch nicht verlieren“. Anschließend frühstückte Ahlers mit dem gerade an die Macht gehieften neuen Saigoner Regierungschef, Luftwaffengeneral Nguyen Cao Ky, einem „offenen Bewunderer Hitlers“. Ahlers schwärmte von seinem Frontbesuch und war „beeindruckt“ von der „Perfektion der amerikanischen Militär-Maschinerie“.

Der Report, den Ahlers in der Nr. 16 seines Magazins veröffentlichte, unterschied sich lediglich in Nuancen von den „Frontberichten“ in Springers „Die Welt“, der „Morgenpost“ oder der „FAZ“, in der Hitlergeneralstäbler Weinstein regelmäßig berichtete und Stimmung machte, für ein noch stärkeres Engagement der Bundesrepublik in Vietnam. „Der Spiegel“ schwadronierte von einem idyllischen Krieg, in dem „vor den Augen der südkoreanischen

²³ Walter Heynowski & Gerhard Scheumann: Die Kugelweste, Berlin/DDR 1980, S. 10 f.

Tiger-Division Vietcong-Frauen Schweinefleisch verkauften und aus amerikanischen Lagern einen Schlag Reis“ bekamen. „Wer da gegen wen kämpft, (sei) schwer zu durchschauen“.

Der von Ahlers interviewte Ky konnte davon schwafeln, „ein demokratisches Regime (zu) installieren“ zu wollen, außerdem davon, dass der Krieg geführt werde, um „der kommunistischen Aggression“ zu begegnen und um „ein Reformprogramm“ zu verwirklichen, außerdem, dass die Südvietnamesen „nicht reif für allgemeine Wahlen“ seien und dass, wenn solche einmal stattfänden, „Kommunisten natürlich nicht gewählt werden“ dürften.

3. Bundespräsident Lübke wünschte Luftterror Erfolg

Die reaktionärsten Kreise der Bundesrepublik und ihre Medien nutzten die USA-Aggression zur Ausprägung ihres antikommunistischen Feindbildes, in dem sie die südvietnamesischen Befreiungskämpfer als „Vietcong“ (vietnamesische Kommunisten) und zu blutrünstigen Monstern abstempelten.

Abgesehen davon, dass es sich bei den FNL-Kämpfern in ihrer Mehrheit um keine Kommunisten handelte, wurde diese Sprachverstümmelung, wie einst in der Goebbelspropaganda „Bolschewisten“ und „Russen“, zu einem der übelsten Schimpfworte in der antikommunistischen Hetze. Die „Bildzeitung“ brachte dazu unzählige „Frontberichte“ aus Saigon. In einem hieß es am 27. Februar 1968: „Hunde stöberten die Vietcong auf. ... 50 wurden erschossen“.

Das Springerblatt war es auch, das seinen Lesern in Tönen höchsten Lobes den Saigoner Polizeichef, Nguyen Nguc Loan, präsentierte, der sich bei der eigenhändigen Ermordung eines gefangenen FNL-Kämpfers durch Genickschuss fotografieren ließ. Das wurde durch Bedrohungslegenden untersetzt, welche die Zeitung unter anderem am 4. Juli 1967 von sich gab: „In Vietnam wird die Frage entschieden: verliert die Freiheit die letzte Bastion in Südostasien ... oder nicht?“

Während sich westliche Regierungen von der USA-Aggression distanzieren, Frankreich sie in einem Kommuniqué des Ministerrates verurteilte, stellte sich das offizielle Bonn voll hinter Washington. Angesichts anhaltender Niederlagen der US-Armee empfahl „Die Welt“ am 11. August 1965, sich „an die grobe Faustregel des Panzergenerals Guderian (zu) halten: nicht kleckern, klotzen!“

Bundespräsident Heinrich Lübke, am Bau der KZs Hitlers beteiligt, beglückwünschte Präsident Johnson zu den ersten Terrorangriffen auf Hanoi am 29. Juni 1966 in einem offiziellen Staatstelegramm, in dem es hieß, der Luftterror möge „von Erfolg gekrönt sein“.

Wirtschaftswunder-Kanzler Erhard ließ am 1. Juli 1966, als bereits Berichte über die zahlreichen zivilen Todesopfer der Terrorangriffe bekannt waren, „alle Maßnahmen der Amerikaner“ gutheißen.

Am gleichen Tag bejubelte die Westberliner „Nachtdepesche“ die Todesopfer als „Wunder der Präzision“ und forderte, Washington müsse sich entschließen, „dichtbesiedelte Industriezentren zu bombardieren“. Springers Westberliner „BZ“ schrieb am 18. Juli, notwendig sei „ein kompromissloser Krieg, der auch vor Fabriken, Häfen, Bewässerungsanlagen und Staudämmen nicht mehr halt macht.“²⁴

Erhard-Nachfolger Kurt Georg Kiesinger, Mitglied der Hitlerpartei seit 1933 und stellvertretender Leiter der Rundfunkabteilung im Auswärtigen Amt Ribbentrops, versicherte Washington in seiner Regierungserklärung am 13. Dezember 1966, die Bundesrepublik werde „entschiedener als bisher Mitverantwortung in Vietnam übernehmen“.

Während so in der Bundesrepublik und in Westberlin ungestraft offen Kriegshetze betrieben werden durfte, waren Gegner der USA-Aggression schweren Repressalien ausgesetzt. In Westberlin wurden am 10. Dezember, dem „Tag der Menschenrechte“, 74 Teilnehmer an einer Demonstration gegen die USA-Aggression in Vietnam festgenommen. Bei einer folgenden, vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund organisierten Protestdemonstration ging die Westberliner Polizei brutal mit Gummiknüppeln vor und verhaftete 86 Personen.

²⁴ Obwohl das auf jeden hier dargelegten Absatz zutrifft, soll stellvertretend festgehalten werden, dass so schon vor über vier Jahrzehnten der Boden bereitet wurde, für kriegsverbrecherische Befehle, wie sie Bundeswehroberst Klein im September 2009 in Kundus erteilte, der danach zum General befördert wurde.

4. Hitlers Diplomaten Botschafter in Saigon

Das Bild wird abgerundet, durch den Einsatz früherer Hitler-Diplomaten in Saigon. Zu ihnen gehörte Botschafter Dr. Wilhelm Kopf, der sich seine Sporen bereits unter Hitler verdient hatte.

Im Dezember 1968 wurde ein Dr. Horst von Rom sein Nachfolger. Er war im Dritten Reich Mitarbeiter der faschistischen Justiz, was seine Karriere in der Bundesrepublik in keiner Weise behindert hatte. Vorher war er u. a. Konsul in Atlanta. Auch für die USA war seine Nazi-Vergangenheit kein Anlass gewesen, seine Akkreditierung abzulehnen. Warum auch, war doch in Saigon einer ihrer Marionettenchefs der bereits erwähnte Nguyen Cao Ky, der Hitler öffentlich zu seinem „Vorbild“ erklärte und hinzufügte, „wir brauchen vier oder fünf Hitlers“. Von Rom versicherte ihm bei seinem Amtsantritt, die Bundesrepublik werde die Unterstützung Südvietnams auch weiterhin als ihre „wesentliche Pflicht“ betrachten.

Dazu gehörten bis dahin Rüstungsgüter, Kredite und anderweitige Zuschüsse in Höhe von 1,165 Milliarden DM. Unter den Regierungen Adenauer und Erhard leistete die Bundesrepublik auf der Grundlage eines „Devisenausgleichsabkommens“ in Form von Waffenkäufen zwischen 1961 bis 1965 Devisenhilfe in Höhe von über 10,8 Milliarden DM. Bei einem USA-Besuch sicherte Bundeskanzler Erhard 1966 Präsident Johnson zu, auch künftig dem „Devisenausgleichsabkommen nachzukommen“. Mit Erhard unterstützte ein weiterer Helfershelfer der Kriegsverbrechen des „Dritten Reiches“ den ähnlichen Kurs des Weißen Hauses. Er war ab 1943 „wirtschaftswissenschaftlicher Berater“ der „Reichsgruppe Industrie und der IG Farben“ gewesen.

Unter Kopf wie auch von Rom war die bundesdeutsche Botschaft ein regelrechtes Führungszentrum für den Einsatz westdeutscher Hilfe für die USA-Aggression und die Auswertung vielfältiger Erfahrungen, die dieser Krieg der Bundeswehr vermittelte.

Ende 1967 hielt sich dazu der Stab des Bonner Militärattachés mit drei weiteren eingeflogenen Offizieren der Bundesluftwaffe im USA-Luftwaffen- und Marinestützpunkt Da Nang auf. Wiederholt kam der bereits erwähnte Weinstein nach Südvietnam, um Kriegserfahrungen aufzufrischen und sie anschließend an Offiziere der Bundeswehr weiter zu geben. Nebenbei

fungierte er als Frontberichterstatter für die „FAZ“. Im Juli 1970 kam Hubertus Prinz zu Löwenstein als „Sonderberater des Presse- und Informationsdienstes“ der zu dieser Zeit von der SPD-FDP-Koalition geführten Bundesregierung nach Südvietnam, um sich über die Lage zu informieren. Der Prinz überflog im Kampfhubschrauber entlaubte Wälder, zerstörte Dörfer und zeigte sich nach seiner Rückkehr in Bonn „sehr beeindruckt“ davon, wie die Amerikaner ihre Aufgabe lösen.

Auch Botschafter Kopf nahm wiederholt in amerikanischer Uniform an Kampfoperationen teil und tauschte „Erfahrungen“ mit USA-Militärs aus. Laut „FAZ“ vom 29. September 1967 ließ Kopf sich in Saigon gern als „altes Frontschwein“ feiern. In der „Kölner Rundschau“ hatte Kopf am 17. August 1966 die Gräueltaten der USA, die bis dahin mehr als tausend südvietnamesische Dörfer mit Napalm ausgelöscht und Hunderttausende Menschen getötet oder verstümmelt hatten, als „konsequentes Eingreifen“ gewürdigt.

Die „New York Herald Tribune“ berichtete am 18 November 1966 über einen Frontflug, den der Bonner Chefdiplomat mit einem Generalmajor de Puy, Kommandeur einer Division, über dessen Stellungen unternahm. Aus einem Kampfhubschrauber filmte Kopf Angriffe auf südvietnamesische Einwohner. Puy erklärte nach dem gemeinsamen Inspektionsflug dem Chefredakteur der „Neuen Ruhr-Zeitung“, Jens Feddersen: „Das Beste wäre, ich hätte an meiner rechten und an meiner linken Flanke je eine deutsche Division.“

Der Divisions-Chef gab keine Casino-Parolen wieder, sondern die offizielle Forderung des Pentagon an die Hardthöhe!

Das verdeutlichte die „Neue Ruhr-Zeitung“ am 26. November 1966, als sie die Meinung des Drei-Sterne-Generals Heintges, Stellvertreter des Vietnam-Oberbefehlshabers, General Westmoreland, wiedergab, der von der BRD „zwei Infanterie-Divisionen und eine Panzergrenadier-Division“ für Vietnam verlangte. Heintges stützte sich in Bonn auf alte Kameraden aus der Hitlerwehrmacht, denn er war jener General, der mit Theodor Blank, dem ersten Verteidigungsminister der BRD, und Hitlergeneral Heusinger die Bundeswehr aufgebaut hatte.

5. Piloten der Bundesluftwaffe im Einsatz über Vietnam

Als Verteidigungsminister sprach sich der frühere SA-Mann Gerhard Schröder von der CDU laut „Der Spiegel“ 4/1966 „für eine Entsendung deutscher Soldaten auf den fernöstlichen Kriegsschauplatz“ aus. Der „Hessische Rundfunk“ meldete danach am 22. Februar, die Bundesrepublik wolle zwei Divisionen nach Vietnam schicken. Wenn es trotzdem nicht zum Einsatz regulärer Bundeswehr-Einheiten kam, dann war das einzig und allein auf die zunehmende westdeutsche Solidaritätsbewegung mit Vietnam und die Proteste auch auf internationaler Ebene und in den USA selbst gegen den verbrecherischen USA-Krieg zurückzuführen, deren weiteres Anwachsen man in Bonn befürchtete.

In verschiedenen verdeckten Formen beteiligte sich die Bundesrepublik dennoch personell am USA-Krieg bzw. ließ sie solches völkerrechtswidriges Engagement zu. Von einer bundesdeutschen „Geisterarmee“ oder einer „Legion Vietnam“ war fortan die Rede. Nachdem AP am 24. Januar 1966 aus Bonn gemeldet hatte, Bundespressechef, Staatssekretär von Hase, habe erklärt, „jede personelle Hilfeleistung hat gegenüber einer rein materiellen Hilfe in Südvietnam tausendfachen Wert“, bestätigte der Presse- und Informationsdienst des Kabinetts vier Tage später das ausdrücklich als Standpunkt der Bundesregierung.

Das personelle Engagement erfolgte vor allem durch die Entsendung von „technischen Spezialisten“ sowie durch Soldaten und Offiziere der Bundeswehr in amerikanischen Uniformen. 1965 befanden sich darunter 121 Angehörige der Bundesluftwaffe, die Angriffe in Vietnam flogen. Bonn orientierte sich an den Erfahrungen der „Legion Condor“ in Spanien. Damals waren die Soldaten, nach dem sie pro forma aus der Wehrmacht entlassen worden waren, auch als Zivilisten nach Spanien gegangen, wo sie als „Freiwillige“ spanische Uniformen und Rangabzeichen trugen.

Vom Einsatz deutscher Piloten in Vietnam berichtete am 23. Juli 1965 auch das US-Magazin „Time“. Drei Tage später bestätigte eine „Panorama“-Sendung diese Tatsachen, gestützt auf Äußerungen einer Mutter, deren Sohn als Fliegeroffizier vom Februar bis April 1965 in Vietnam war. Die nach Vietnam geschickten Angehörigen der Bundesluftwaffe waren nach Beginn

des Luftkrieges gegen die DRV vom Herbst 1964 bis Februar 1965 zur Spezialausbildung in den USA gewesen.

„Le Monde“, Paris, berichtete am 8. September 1965 über offene Werbung in Bundeswehrkasernen für den Kriegseinsatz in Vietnam. Einfachen Soldaten wurde ein Monatssold von 2.000.- DM geboten und schnelle Beförderung versprochen. Während Bonn den Söldnereinsatz geheim zu halten suchte und dementierte, machten die Amerikaner das publik, um ihre deutschen Verbündeten zum offenen Bekenntnis zu veranlassen. In einem DPA-Bericht vom 2. August 1966 hieß es: „Das Hauptquartier der amerikanischen Streitkräfte in Saigon bestätigt, dass eine „Anzahl deutscher Staatsbürger in den amerikanischen Einheiten in Südvietnam eingesetzt“ sei.

6. 2.500 westdeutsche Techniker in Südvietnam

Am 12. Januar 1966 berichtete UPI, dass diese Unterstützung zu einem vom Erhard-Kabinett beschlossenen „breit angelegten Hilfsprogramm für Südvietnam“ gehöre. Der in Bonn erscheinende Informationsdienst „RF-World News“ bestätigte am 8. Februar 1966, dass sich zu diesem Zeitpunkt rund 2.500 westdeutsche Techniker in Südvietnam befanden, darunter zahlreiche Angehörige der Bundeswehr.

Der im Februar 1967 in den USA weilende Generalinspekteur der Bundesluftwaffe, Johannes Steinhoff, Ritterkreuzträger und Geschwader-Kommodore Görings, der nach 1945 die Bundesluftwaffe mit aufgebaut hatte, sagte einen weiteren verstärkten Einsatz westdeutscher Piloten in Vietnam zu. Danach schickte Bonn u. a. 40 Kampfhubschrauber der Bundesluftwaffe samt Flugpersonal nach Vietnam.

Deutsche Vietnam-Legionäre beteiligten sich an den Kriegsverbrechen der USA. AP berichtete am 7. Februar 1967 in Wort und Bild über einen Deutschen namens Rudolf Heinrich aus Westberlin, der als Captain der Ersten US-Infanteriedivision an der Vernichtung von Dörfern und der Liquidierung und Vertreibung von Einwohnern bei Saigon teilnahm. Die Illustrierte „Quick“ gab in ihrer Nr. 11/1966 einen Dierk Piffko aus München wieder, der die „Durchsuchung“ eines Dorfes schilderte: „Wir stießen auf ein altes Ehepaar, einer von uns schoss auf sie, wohl aus Langeweile oder wie jemand,

der auf Hasenjagd geht. ... Ich schrie: Macht keine Gefangenen, erschießt sie alle!“.

Westdeutsche Transportschiffe brachten unter fremden Flaggen amerikanisches Kriegsmaterial, darunter „Pershing“-Raketen, nach Vietnam. Die Hamburger Reederei Transerz transportierte 1966 laut „Vorwärts“ Nr. 16/1967 mit dem Frachter „Magellan“ mit westdeutscher Besatzung samt Kapitän unter liberianischer Flagge Panzer und anderes Kriegsgerät nach Südvietnam. Westdeutsche Tanker beförderten Treibstoff für die Maschinen der USAF. Die westdeutschen Matrosen besaßen neben ihren deutschen amerikanische Pässe, damit sie sich mit ihnen in den südvietnamesischen Kriegshäfen frei bewegen konnten.

1965/66 erschienen in westdeutschen und westeuropäischen Medien, darunter am 23. November 1967 AFP aus Saigon, nicht nur Berichte von Bundesdeutschen, die in der US-Armee in Südvietnam kämpften, sondern auch Todesanzeigen für dort gefallene Deutsche. Zu ihnen gehörten der 27 Jahre alte Frank Prediger und der ein Jahr ältere Franz Xaver Wallner. Insgesamt, so ergab sich aus den verschiedenen Todesanzeigen bzw. Berichten, dass zwischen November 1965 bis Juli 1966 sechs Bundesdeutsche ums Leben gekommen waren.

Auf die Familienangehörigen als auch auf die Zeitungen wurde Druck ausgeübt, keine derartigen Todesanzeigen mehr zu veröffentlichen.

7. Lazarettschiff „Helgoland“ auf „Vietcong-Jagden“

Zum Kriegseinsatz lief auch das Lazarettschiff „Helgoland“ nach Südvietnam aus.

Gegen seine Verwendung unter dem Kommando des Bonner Militärattachés in Saigon äußerte das westdeutsche Rote Kreuz zunächst Bedenken; das Internationale Rote Kreuz verweigerte ihm das Fahren unter der Rot Kreuz-Flagge. Laut „Frankfurter Rundschau“ vom 12. Februar 1966 lehnte die Bundesregierung die Empfehlung des IRK ab, der „Helgoland“ den Status der zweiten Genfer Konvention zu verleihen, nach dem das Lazarettschiff für

beide kriegführende Seiten Hilfe leisten, also auch nach Nordvietnam hätte auslaufen müssen.

Eine „Panorama“-Sendung nannte den Einsatz am 28. Februar 1966 die „erste Stufe einer vormilitärischen Beteiligung“. Personal der „Helgoland“ nehme mit amerikanischen Offizieren in Hubschraubern zum „Sonntagsvergnügen“ an „Vietcong-Jagden“ teil.

Auf dem Lazarettschiff wurde auch die Wirkung des von den USA eingesetzten Napalm und anderer chemischer Kampfstoffe erforscht. Über den völkerrechtswidrigen Einsatz der „Helgoland“ sagte Dr. Erich Wulf am 1. Dezember 1967 vor der Tagung des Russel-Tribunals in der dänischen Stadt Roskilde aus.²⁵

Im Juni 1969 kam die Beteiligung westdeutscher Unternehmen am verbrecherischen Einsatz chemischer Gifte und Kampfstoffe in Südvietnam ans Licht. Es ging um den Milliardenkredit eines bundesdeutschen Bankkonsortiums an die amerikanische Dow Chemical.

Zu den Partnern des berüchtigten Konzerns, des größten Napalmproduzenten und Hauptlieferanten für die USA-Aggression in Südvietnam und damit gleichermaßen Nutznießer des Kredits gehörte der IG-Farbenachfolge-Konzern Badische Anilin- und Sodafabriken (BASF) Ludwigshafen, der in den USA zwei Tochtergesellschaften unterhielt, darunter in Freeport/Texas die Badische Dow Chemical Company.

Mit jeweils fünf Filialen waren die Farbwerke Hoechst und mit drei die Bayer AG Leverkusen in den USA vertreten und über sie an Aufträgen für die amerikanischen Truppen in Vietnam beteiligt. Die Pariser „France Nouvelle“ hatte am 6. Juli 1965 berichtet, dass die Bayer AG den USA mehrere Patente für die Herstellung chemischer Kampfstoffe verkauft und über ihre USA-

²⁵ Der westdeutsche Mediziner veröffentlichte nach sechsjähriger Arbeit an der Universitätsklinik von Hue (1961-1967) unter dem Pseudonym George W. Alsheimer das aufsehenerregende Buch „Vietnamesische Lehrjahre“, Frankfurt/Main 1968, 1972. Er berichtete u. a. darüber, wie er Fotos von bestialisch ermordeten Kindern außer Landes brachte. Kurz vor seiner Abreise aus Südvietnam entkam er nur knapp einem CIA-Mordanschlag.

Filiale Chamagro Corporation in Kansas City auch direkt Giftstoffe lieferte, die vom USA-Chemical-Corps in Vietnam angewendet wurden.

8. Am Einsatz chemischer Kampfstoffe beteiligt

Der Einsatz der chemischen Kampfstoffe Agent Orange/Dioxin gegen die Bevölkerung im Süden des Landes stellt eines der unmenschlichsten Kapitel des verbrecherischen USA-Krieges in Vietnam dar, an dem nicht nur westdeutsche Unternehmen, sondern auch die Bundesregierung direkt beteiligt waren. Es wurden Hunderttausende Vietnamesen ermordet und verstümmelt, riesige Flächen von Wald und Reisfeldern verseucht.

Die zweite Sitzung des Russel-Tribunals (November/Dezember 1967 in Roskilde/Dänemark) enthüllte, dass 1963 320.000 Hektar Land zerstört wurden, 1964 500.000 und 1965 700.000. 1966 waren es nochmals 700.000 Hektar, 1967 weitere 876.000. Im ersten Halbjahr 1968 waren bereits 500.000 Hektar Reisfelder mit Herbiziden besprüht und so ein Fünftel der Reisernte der Bauern Südvietnams vernichtet sowie 2,2 Millionen Hektar Wald abgetötet. 1969 wurden über 900.000 Hektar Anbaufläche und damit 75 Prozent der Reisernte und 90 Prozent des Gemüseanbaus vergiftet sowie fast die Hälfte der Wälder vernichtet.

In vielen Fällen war das Ziel der Sprühaktionen nicht die Beseitigung der „Deckung“ des Feindes, sondern ausdrücklich die Zerstörung von Früchten und Ernten, was bereits eine eindeutige Verletzung internationalen Rechts und ein Kriegsverbrechen darstellte. Damit wurde in Südvietnam mittels der chemischen Kriegsführung „erstmalig in der menschlichen Geschichte ein Krieg bewusst so geführt, dass seine Zerstörungen und Folgen nicht auf die durch sie betroffene Generation beschränkt blieben. Das Kriegshandeln der USA kalkulierte bewusst zukünftige und unabsehbare Folgen mit ein oder nahm sie ohne Skrupel in Kauf.“²⁶

²⁶ Karl Rainer Fabig: Agent Orange vor Gericht. Vietnam Kurier der deutschen Freundschaftsgesellschaft, 1/2005. Siehe ferner: Bertrand Russell, Jean Paul Sartre: Das Vietnam-Tribunal II, Hamburg 1969, S. 106 f.

Die Verwendung der eingesetzten chemischen Kampfstoffe (giftige, erstickende oder ähnliche Gase sowie bakteriologische Mittel) unterlag dem durch das Genfer Protokoll vom 17. Juni 1925 verhängten Verbot. Die USA traten diesem Abkommen erst 1975 nach Kriegsende bei.

Dem Gift waren insgesamt 17 Millionen Menschen ausgesetzt. Leukämie, Lungentumore und Leberkrebs rafften unzählige Menschen dahin. Bis Anfang 2000 trugen 100.000 Kinder schwere Geburtsschäden davon: Missgebildete Säuglinge ohne Augen, mit Wasserköpfen und Klumpfüßen, viele debil und taub. Wo während des Krieges Giftgase niedergingen, halten die Folgen noch in der dritten Generation an. Noch 2000 kamen 9,5 mal mehr behinderte Kinder in den betroffenen Gebieten zur Welt als in Regionen, die nie Chemiewaffen ausgesetzt waren.

Eine Gruppe der deutsch-vietnamesischen Freundschaftsgesellschaft berichtete 2002, dass sie „überall mit den Folgen des Krieges konfrontiert“ wurde, es keinen Ort gab, an dem nicht verkrüppelte oder entstellte Menschen zu sehen waren. „Wir haben Kinder gesehen, die keine Arme hatten oder deren Beine verkrüppelt waren. Oder Kinder, die noch jetzt in der dritten Generation mit Hasenscharten und Hör- oder Seh Schäden geboren werden“²⁷

An chemischen Waffen für den Einsatz in Vietnam wurde auch in der Bundesrepublik selbst gearbeitet.

In den Giftlabors des Bayer-Forschungszentrums in Wuppertal-Elberfeld waren dazu die Professoren Otto Ambros und Wolfgang Wirth am Werk, die beide unter dem Hitlerregime Todesgase entwickelt und hergestellt hatten. Ambros war Direktor der IG-Farben und Chef der Abteilung chemische Kriegsführung im Rüstungsministerium Speer gewesen und als Kriegsverbrecher verurteilt worden. Wirth forschte seit 1937 zur militärischen Anwendung von Nervengasen.

²⁷ Bericht von Ingrid Bader, Anne Beer, Dr. med. Dieter Herzog, in „Vietnam Kurier“ Nr. 2/2002, ferner: Karl Rainer Fabig, a. a. O.

9. Unterlagen der Zyklon B-Giftgase überlassen

Weitere Einzelheiten darüber, wie „die deutschen militärischen Führer und eine Reihe von Industriefirmen in der Bundesrepublik den Amerikanern bei ihrem Aggressionskrieg in Vietnam halfen“, enthüllte die Londoner Zeitschrift „Eastern World“ in ihrer Juli/August-Ausgabe 1966: „Sie (die Amerikaner) haben reges Interesse an den neuen, äußerst wirksamen Kampfgasen bekundet, die in westdeutschen Laboratorien auf der Grundlage der zur Zeit des Zweiten Weltkrieges von der IG-Farbenindustrie hergestellten Gase entwickelt werden.“

Das habe zu „einer engen Zusammenarbeit zwischen amerikanischen und westdeutschen militärischen Kreisen, Laboratorien und Firmen, die auf den Gebieten der Entwicklung, der Herstellung und der Anwendung chemischer und bakteriologischer Kampfstoffe maßgebend sind“, geführt.

Die Hoechst AG hätte zugesagt, „mehrere Sachverständige ... in die USA zu entsenden“ und den USA auch „die notwendigen Unterlagen und Angaben für die Herstellung tödlicher Gase vom Typ Zyklon B zu überlassen, das die Nazis im vergangenen Krieg in großem Maße in ihren Todeslagern verwendeten und mit dessen Anwendung für nicht weniger grausame Zwecke die Amerikaner in Südvietnam bereits begonnen haben“.

Laut „Eastern World“ arbeiteten westdeutsche Chemiker und Bakteriologen, darunter von den Farbwerken Hoechst AG, in Südvietnam in einer Sondereinheit der US-Armee, die ein mobiles Forschungsinstitut für bakteriologische und chemische Kriegsführung betrieb, das am „lebenden Objekt“ neue Kampfstoffe testete.

Auch dazu wurde der Status der „Helgoland“ missbraucht. Auf ihr befand sich, in den Bordlisten als Sanitätspersonal getarnt, eine weitere Gruppe westdeutscher Chemiker und Bakteriologen, die in Wirklichkeit zu der berüchtigten amerikanischen Sondereinheit gehörten.²⁸

²⁸ Das Thema wurde ausführlich behandelt in dem Buch von Irene und Gerhard Feldbauer: Sieg in Saigon. Erinnerungen an Vietnam. Pahl-Rugenstein, 2. Auflage, Bonn 2006.

Aus der Kooperation mit den USA im Bereich der chemischen und bakteriologischen Waffen, die ein ganzes System kapitalmäßiger und produktionstechnischer Verflechtungen umfasste, zogen die westdeutschen Chemiekonzerne nicht nur einträgliche Profite, sondern auch praktische Erfahrungen, die sich in weiteren Entwicklungen niederschlugen.

In den chemischen Laboratorien der US-Armee Edgewood und im Forschungszentrum für bakteriologische Kriegsführung in Camp Detrick in Maryland beteiligten sich ständig Bundeswehroffiziere an der Erforschung, Entwicklung und Verbesserung weiterer Waffensysteme und der Methoden ihres Einsatzes. Damit waren nicht nur westdeutsche Unternehmen, sondern auch die Bundesregierung direkt an schwersten Kriegsverbrechen der USA in Südvietnam, an der Ermordung und Verstümmelung Hunderttausender Vietnamesen, der Verseuchung riesiger Flächen von Wald und Reisfeldern beteiligt.

10. Reinwaschung bundesdeutscher Beteiligung.

2004 klagten vietnamesische Agent-Orange-Opfer gegen 36 US-amerikanische Chemiekonzerne, welche die international geächteten Kampfstoffe produziert und der US-Army zur Verfügung gestellt hatten, auf Schadensersatz.

Wie dargelegt waren westdeutsche Unternehmen und die Bundesregierung direkt an diesen Verbrechen beteiligt.

Die Klagen wurden in fünf Instanzen abgewiesen, letztinstanzlich durch das Oberste Gericht der USA am 27. Februar 2009. Die Ignoranz der US-amerikanischen Richter gipfelte in der ungeheuerlichen Behauptung: „den Vietnamesen sei kein Unrecht“ geschehen.

Zu keiner Zeit fühlte man sich seitens der BRD von offizieller Seite auch nur im Geringsten veranlasst, etwas zur Unterstützung der vietnamesischen Opfer zu unternehmen. Die Gründe sind plausibel. Wenn die Justiz der USA sich schützend vor die Chemiekonzerne, die Regierung und die Armeeführung ihres Landes, die in Südvietnam schwerste Kriegsverbrechen begangen hatten,

stellte, dann diene das auch der Reinwaschung der bundesdeutschen Beteiligung.

Die Bundeswehr wertete die in Südvietnam gewonnen Erkenntnisse und Erfahrungen sofort aus.

Nach beweiskräftigen Presseveröffentlichungen, unter anderem in der „Frankfurter Rundschau“ vom 14., der „Süddeutschen Zeitung“ vom 24. und der „Hildesheimer Presse“ vom 28./29. Februar 1970 musste der Staatssekretär des Verteidigungsministeriums, Karl Wilhelm Berkhan, einräumen, dass in der Bundesrepublik chemische Kampfstoffe produziert, die Bundeswehr über solche Gifte, u. a. das tödliche Nervengas „Tabun-Sarin Typ 7/67“, verfügte und Gaskriegsmanöver durchführte. Berkhan sagte wörtlich, auf chemische Waffen könne die Bundeswehr „nicht verzichten“.

11. Kriegshetze à la Springer

Schockierend waren die Reaktionen in der Bundesrepublik, als die USA gezwungen wurden, am 1. November 1968 die bedingungslose Einstellung der Luftangriffe gegen Nordvietnam zu erklären und die FNL als Verhandlungspartner in Paris zu akzeptieren. Bereits im Vorfeld der Verhandlungen hatte der damalige Presse-Tycoon Springer am 5. Mai 1968 in seiner Westberliner „Morgenpost“ die USA aufgefordert, sich in Paris auf keinen Fall die Waffe der Bombenangriffe auf die DRV „aus der Hand schlagen“ zu lassen und auch die FNL nicht als legitimen Vertreter Südvietnams anzuerkennen. „Die Welt“ verlangte am 6. November eine Fortsetzung der Terrorangriffe gegen die DRV, deren Einstellung sie eine „Kapitulation Präsident Johnsons“ nannte, der sich „den Forderungen Hanois gebeugt“ habe. Die „FAZ“ warf Johnson am 14. Januar 1969 vor, „die Luftangriffe zu früh eingestellt“ zu haben.²⁹ 29

²⁹ In diesem Zusammenhang war es schockierend, dass der Fraktionschef der Partei Die Linke im Thüringer Landtag, Bodo Ramelow (heute Ministerpräsident), gegenüber den Forderungen nach einem Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan ähnliche Positionen bezog und die Meinung vertrat, dass die US-Armee „damals aus

III. Weltweite Expansionsziele

1. Mit der Liquidierung der DDR fielen die Schranken

Seit der Liquidierung der DDR und ihrer Nationalen Volksarmee geht von deutschem Boden wieder Krieg aus, was im Nachhinein die friedenssichernde Rolle des sozialistischen deutschen Staates verdeutlicht.

Bereits im September 1991 trafen sich auf einem „Fürstenfeldbrucker Symposium“³⁰ führende Vertreter der Industrie- und Bankenwelt mit hochrangigen Generälen der Bundeswehr mit Ex-Verteidigungsminister Ruppert Scholz an der Spitze, um das neue Expansionsprogramm zu beraten. Es verkündete die Rückkehr zu weltweiter Aggressionspolitik als Wiederherstellung der „Normalität“ Deutschlands, umschrieb die Teilnahme am Kampf um den Weltherrschaftsanspruch als „Partner in Leadership“ mit den USA.³¹

Unmissverständlich war nunmehr von Militäreinsätzen der Bundeswehr „Out of Area! die Rede, von ihrer Umstrukturierung zur Herstellung der Einsatzfähigkeit entlang einer 4.000 km langen EU-Außengrenze, der Bildung eigener Eingreifkräfte, die das „Selbstbestimmungsrecht“ von Minderheiten und „unterdrückten“ Völkern durchsetzen, sich der Gefährdung von Rohstoffzufuhr, der Begegnung von Immigrationswellen und diversen ähnlichen Problemen zuwenden sollten.

Dazu wurde ein neues Geschichtsbild gefordert, dass mit Auschwitz und dem Holocaust Schluss machen und stattdessen „Nation und Vaterland“ zum Inhalt haben sollte.

Vietnam ... geflohen“ sei und festhielt, so etwas dürfe sich im Fall Afghanistans nicht wiederholen (Interview für „Die Welt“, 4. Oktober 2009).

³⁰ Veranstaltet von der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, der Führung der Hardthöhe und der rechtsaußen angesiedelten Clausewitz-Gesellschaft.

³¹ Tobias Pflüger: Generalstab in Aktion. „jW“, 12. Jan. 2002.

In diesen Debatten wie in den verabschiedeten Denkschriften und ähnlichen Deklarationen wurde übrigens Klartext gesprochen, da war von keinem „Kampf gegen den internationalen Terrorismus“ oder ähnlichem die Rede. Dieser Vorwand wurde erst später mit dem 11. September 2001 geschaffen.

Unter realistisch denkenden Politikern und Experten ist inzwischen unbestritten, dass die USA-Geheimdienste bei den Anschlägen vom 11. September ihre Hand im Spiel hatten. Sie haben sie selbst herbeigeführt oder zumindest zugesehen, wie sie vorbereitet und verübt wurden, meinte z. B. der Geheimdienstexperte Andreas von Bülow, früherer Bundesminister und Staatssekretär, in seinem Buch „Die CIA und der 11. September“ (München 2003). Der US-amerikanische Enthüllungspublizist Webster Griffin Tarpley nannte die damaligen Washingtoner Politiker - Vizepräsident Dick Cheney und Verteidigungsminister Donald Rumsfeld - die Hauptdrahtzieher und bezeichnete sie als „Septemберverbrecher“. Beteiligte Araber seien „lediglich Werkzeuge“ gewesen. Der Anwalt Philipp Berg, der Opfer und Hinterbliebene der Anschläge vertrat, erklärte auf einem Expertenforum am 21. Mai 2005 in Berlin, „Bush und seine Helfershelfer gehören wegen Mord und Landesverrat hinter Gitter“.³²

Bei dem Stand der US-amerikanischen militärischen Präzisionstechnik ist auch die These nachvollziehbar, dass die Flugzeuge, welche die Türme des World Trade Center zum Einsturz brachten, ferngelenkt wurden. Ebenso glaubhaft haben Experten dargelegt, dass die Türme nach dem Auftreffen der Flugzeuge durch Sprengladungen im Inneren der Gebäude zum Einsturz gebracht und das Pentagon in Washington nicht von einer entführten Boeing, sondern von einer Cruise Missile getroffen wurde. Zu letztgenanntem Fakt veröffentlichte der französische Autor Thierry Meyssan in seinem Buch „L'Effroyable Imposture“ (Unglaubliche Hochstabelei)³³ Fotos von der Einschlagstelle im Pentagon und blendete dazu die etwa dreimal so breite

³² „Das waren Insider“, „jW“-Bericht, 23. Mai 2005.

³³ Deutsch: Verlag edition de facto, Kassel 2002.

Spannbreite des entführten Flugzeuges ein. An der Einschlagsstelle wurden keine Flugzeugtrümmer gefunden.³⁴

Darüber, wie das Anzetteln der Kriege zur Durchsetzung der USA-Weltherrschaftspläne inszeniert wurde, liegen inzwischen weit über ein Dutzend kritische Bücher vor. Stellvertretend sei „Das Schweigekartell“ von „jW“-Chefredakteur Arnold Schölzel (Hg.) und einem Dutzend prominenter Autoren erwähnt. Fachleute für Spionagefragen wie Erich Schmidt Eembom, Rainer Rupp und Klaus Eichner, gute Kenner der USA-Verhältnisse wie die früheren ADN-Korrespondenten Ilse und Horst Schäfer und Ossietzky-Herausgeber Eckart Spoo legten dar, wie die dann geführten Kriege schon lange vor dem 11. September 2001 u. a. mit einem gigantischen neuen Rüstungsprogramm vorbereitet wurden. Die These vom vermeintlichen Alleingang von Al-Qaida-Terroristen, die nach ein paar Unterrichtsstunden auf Kleinmaschinen mit ultramodernsten Passagierflugzeugen losgeflogen sein sollen, um Wolkenkratzer im Kern Manhattans punktgenau zu treffen, wird ad absurdum geführt.³⁵

Es ging in Fürstenfeldbruck nicht nur um die Revidierung der Nachkriegsordnung, sondern weiter zurückreichend auch um die des Ersten Weltkrieges. Davon zeugte die Haltung zur Konzeption der Zerschlagung Jugoslawiens.

Ruppert Scholz erinnerte daran, dass „der Jugoslawienkonflikt unbestreitbar fundamentale gesamtdeutsche Bedeutung“ habe, da mit ihm „die wichtigsten Folgen des zweiten Weltkrieges überwunden und bewältigt“ werden. „Aber in anderen Bereichen“ so Ruppert weiter, „sind wir heute damit befasst, noch die Folgen des Ersten Weltkrieges zu bewältigen.“ Diese bestünden darin, dass

³⁴ Schrift des Autors: Damals Vietnam, heute Irak - Wie sich die Bilder gleichen. „offen-siv“, Hannover 2005.

³⁵ Arnold Schölzel: Das Schweigekartell. Fragen & Widersprüche zum 11. September. Berlin 2002. Weiter: James H. Hatfield: Das Bush-Imperium, Bremen 2002; Jean-Charles Guillaume Dasquié Brisard: Die verbotene Wahrheit. Zürich/München 2002; Wolfgang F. Haug (Hg.): Angriff auf die Freiheit?, Grafenau 2001; Ekkehard Sauer mann: Neue Weltkriegsordnung., Bremen 2002; Ronald Thoden (Hg.): Terror und Staat. Der 11. September, Berlin 2004.

der jugoslawische Staat nach dem Ersten Weltkrieg eine Barriere gegen den „Deutschen Drang nach Osten“ sein sollte, welche es nach Rupperts Worten zu beseitigen gelte, weshalb „Kroatien und Slowenien völkerrechtlich unmittelbar anerkannt werden“ müssten. Die so bezweckte Internationalisierung des Konflikts ermögliche, so der deutsche Ex-Verteidigungsminister, international in Jugoslawien zu intervenieren, wozu die BRD dann mit der einseitigen Anerkennung Sloweniens und Kroatiens, gefolgt von Österreich und dem Vatikan, den Weg frei machte.³⁶

Ins Werk setzte das der damalige bundesdeutsche Außenminister der Liberalen, Dietrich Genscher, ein Ziehvater des späteren Vize-Kriegskanzlers Guido Westerwelle. Die übrigen EU-Staaten wollten diesen Schritt zunächst nicht mitgehen, da sie nicht nur die Bürgerkriegsfolgen fürchteten, sondern vor allem die Begründung einer hegemonialen Rolle Deutschlands auf dem Balkan, die in der Tat einsetzte und sich erneut bei der einseitigen Anerkennung des Kosovo zeigte und nach der Auflösung des Staatenverbundes Serbien und Montenegro auf die Zerschlagung des serbischen Kernlandes zielte.

Das Jugoslawien aufgezwungene Abkommen von Rambouillet, das die Stationierung von NATO-Truppen in Kosovo einschloss, wurde in Analogien mit dem im September 1938 von Hitler und Mussolini mit Daladier (Frankreich) und Chamberlain (Großbritannien) in München geschlossenem Abkommen verglichen. Selbst MdB Hermann Scheer (SPD) kam nicht umhin, von einem „NATO-Besatzungsstatut“ für ganz Jugoslawien zu sprechen.³⁷ Die Weigerung von Präsident Milosevic, das Abkommen zu unterzeichnen, wurde zum Vorwand des Luftkrieges der NATO gegen Jugoslawien genommen.

Am 6. April 1999, dem 55. Jahrestag der Bombardierung Belgrads durch Hitlers Luftwaffe, beteiligten sich Tornados mit dem Balkenkreuz an diesen barbarischen Angriffen auf die jugoslawische Hauptstadt. In der Bergbaustadt Aleksinac wurden die Minenarbeiter und deren Familien angegriffen und ein ganzes Wohnviertel dem Erdboden gleichgemacht. Auch auf Novi Sad, Nis,

³⁶ Ullrich Sander: Die Macht im Hintergrund. Papyrossa Verlag 2004.

³⁷ Worl Socialist Web Site, 13. April 1999, Le Monde diplomatique, 14. April 2000.

Pristina und andere Städte ging ein Hagel von Bomben und Raketen nieder. Serbische Demonstranten nannten die Zerstörung von Wohnblöcken, Krankenhäusern und Fabriken Kriegsverbrechen.

Mit der Zerstückelung Jugoslawiens wurde nicht nur ein vom Westen bis dahin stets gepriesenes, weil „von Moskau unabhängiges“ Sozialismusmodell zerschlagen, sondern auch der Staat, der für Neutralität gestanden und eine wichtige Rolle unter den Nichtpaktgebundenen gespielt sowie über großen Einfluss in der Dritten Welt verfügt hatte.

Zu den Folgen gehörte auch die Vertreibung von fast 250.000 Serben aus der Kraina und von 650.000 der insgesamt 700.000 Serben, die in Kroatien gelebt hatten. Die NATO maßte sich erstmals an, außerhalb ihres Vertragsgebietes zu intervenieren und, wenn sie „Sicherheit und Stabilität im euroatlantischen Raum“ als bedroht betrachtete, als „UNO-ähnliche“ Organisation zu handeln.

Selbst Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt ging das zu weit und er stellte einen Aufsatz in „Die Zeit“ (22. April 1999) unter die bezeichnende Überschrift „Die NATO gehört nicht Amerika“ und schrieb, die UN-Charta gewähre „keinerlei Rechte zum Eingreifen durch Dritte, es sei denn auf Beschluss und im Auftrag des UN-Sicherheitsrates“.³⁸

Dass es an der Spitze der EU um einen neuen Ritt nach Osten geht, verdeutlichte 2003 der Vorsitzende der Heinrich-Böll-Stiftung,³⁹ Ralf Fücks, als er zur Rolle der BRD im Kaukasus sagte: Die Region dürfe „nicht den Großmachtspielen Russlands und der USA überlassen“ werden.⁴⁰

Der damalige SPD-Fraktionsvorsitzende, Gernot Erler, ergänzte, es gehe „vor dem Hintergrund der wachsenden wirtschaftlichen Bedeutung der Region“ um

³⁸ Was jedoch inzwischen auch ausgehöhlt wurde. Zur BRD-Beteiligung an der NATO-Aggression gegen Jugoslawien siehe Klaus Höpcke: 50 Brücken. Antikriegsreden gegen den Überfall der NATO auf Jugoslawien. Berlin 2009.

³⁹ Die Heinrich-Böll-Stiftung ist die Parteistiftung von Bündnis 90-Die Grünen. Der hier wiedergegebene Standpunkt beweist die feste Integrierung der Partei in die weltweite Expansionspolitik der BRD.

⁴⁰ Anton Latzo: Die Anziehungskraft des Schwarzen Meeres. jW“, 11. Febr. 2004.

„die Ausarbeitung einer langfristig angelegten politischen Strategie“ der „Anbindung der kaukasischen Staaten an Europa“.

In einer Denkschrift der SPD-Grundwertekommission wurde dieser „wirtschaftlich und politische Großraum“ als Hinterhof bis nach Zentralasien im Osten und dem Nahen Osten im Süden bezeichnet, in dem die „großen westlichen Nationen“ wegkommen müssten von einer instabilen Ordnung unter US-Führung und statt dessen eigene Machtmittel zur Durchsetzung einer „globalen politischen Ordnung“ entwickeln müssten.

Und zur Rolle Deutschlands nochmals zitiert, es habe „ein legitimes eigenes Interesse an seiner dauerhaften und festen Einbindung in einen wirtschaftlich und politisch leistungsfähigen Großraum, der anderen Weltregionen vergleichbar ist“. Deutschland müsse „als größter und wirtschaftlich stärkster Staat in Europa“ für ein Europa eintreten, das in der Lage sei, sich „gegen äußere wirtschaftliche, politische und gegebenenfalls auch militärische Pressionen zu wehren“.⁴¹

Der Politologe Dr. Uwe Halbach, wissenschaftlicher Experte des Institut für internationale Politik und Sicherheit und dessen Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), einer der wichtigsten „Denkfabriken“ der deutschen Außenpolitik, betonte, man wolle schließlich selbst Einfluss auf die abtrünnigen Staaten nehmen und diese nicht Russland überlassen. Zumal man mit ihrer Hilfe Russland zugleich schwächen könne.⁴²

2. BRD unterstützte einen in Nürnberg geächteten Angriffskrieg

Nach der Teilnahme an der NATO-Aggression gegen Jugoslawien, stellte die BRD für einen völkerrechtswidrigen Präventivkrieg, wie er in Nürnberg geächtet wurde, und wie ihn die USA gegen Irak im März 2003 begannen, die Nutzung ihres Territoriums zur Verfügung. Da die Beteiligung der BRD am

⁴¹ Ebenda

⁴² Uwe Halbach: Der Kaukasus in neuem Licht, SWP-Studie, Berlin Nr. 11/2005.

USA-Krieg gegen Irak gern mit dem Argument geleugnet wird, dort sei die Bundeswehr nicht präsent gewesen, soll dieser Kriegsschauplatz und sein Hinterland in der BRD einer näheren Prüfung unterzogen werden.

Die USA begingen in Irak schwerste Kriegsverbrechen und Völkermord. Das von ihnen installierte Marionettenregime ist ein Helfershelfer der mit Terror, Folter und Massenmord aufrecht erhaltenen USA-Vorherrschaft. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass sich in den eingesetzten Regierungen in Bagdad wie auch in Kabul und anderswo Interessengegensätze auftun, diese aufmüpfig werden und die USA-Bevormundung nicht mehr widerspruchslos hinnehmen wollen.

In Irak unternahm der US-Imperialismus nach Afghanistan einen neuen Anlauf, seine alten Weltherrschaftspläne durchzusetzen. Unmittelbar nach der Niederlage des Sozialismus in Europa erarbeiteten die erzkonservativen Falken im Februar 1992 eine Defence Planing Guidance, um zu verhindern, dass den USA je wieder ein ernst zu nehmender Rivale erwachsen könnte.

Die Hauptstoßrichtung der Expansion wurde über den erdölreichen Nahen und Mittleren Osten nach Zentralasien, zu den riesigen Öl- und Gasreserven im Kaspischen Becken festgelegt. Über die Beherrschung der Rohstoffreserven hinaus geht es im tatsächlichen Sinne um die Weltherrschaft, um die Unterwerfung der Völker und Staaten im Nahen und Mittleren Osten, in Asien, Afrika und Lateinamerika unter den Willen der USA. Jedes Land, das sich widersetzt, wird zum „Schurkenstaat“ erklärt. Schon zeichnet sich ab, dass China, das an sozialistischen Grundlagen festhält, zum Hauptfeind wird. Ebenso soll weder von der EU noch Japan eine Konkurrenz zur Weltherrschaft zugelassen werden.

3. Kriegswichtige Hilfe für Überfall auf Irak

Für den Krieg in Irak erhielten die USA von der Bundesrepublik, auch wenn die Bundeswehr keine Soldaten nach Irak schickte, alle andere für sie entscheidende Unterstützung, die Experten übrigens als effektiver

einschätzten, als die Entsendung von 8.000 bis 10.000 Soldaten durch Großbritannien.⁴³

US-Stützpunkte in der BRD wurden von Kriegsbeginn an logistisch für Truppen- und Kriegswaffentransporte nach Irak genutzt. Darunter Ramstein, der größte Umschlagplatz der US-Air Force in Europa, von dem die C-130 Hercules und die gigantischen C-5 Galaxy-Transporter starten und landen; die Rhein-Main-Airbase, die zweite US-Luftdrehscheibe, von der aus die mächtigen KC-135 Stratotanker operieren; Spangdahlem in der Eifel, von wo die berühmten Tarnkappenbomber F-117-A aufsteigen. 40.000 GIs wurden aus diesen Basen mit Kriegsbeginn nach Irak verlegt. Ein Großteil der Verwundeten erhielt seine erste Betreuung im zentralen US-Militärlazarett in Landstuhl. Auf der US-Luftwaffenbasis im hessischen Wiesbaden-Erbenheim waren 850 der in Abu Ghraib eingesetzten Folterknechte stationiert, die von hier nach Irak geflogen wurden und dorthin wieder zurückkehrten. An den Verbrechen in Abu Ghraib war ebenfalls das in Heidelberg stationierte 203. US-Geheimdienstbataillon beteiligt.

Die BRD stationierte in Incirlik in der Türkei Tornados (die derzeit wegen des bekannten Konflikts nach Jordanien verlegt werden), lieferte der Türkei, einer Aufmarschbasis gegen den Irak, Patriot-Luftabwehrraketen, unterstützte die Besatzungstruppen mit ABC-Spürpanzern „Fuchs“ in Kuwait, gewährte mit der Bundesmarine Geleitschutz für US- Kriegstransporte und ließ die 62 Kasernen und Militäreinrichtungen der rund 70.000 US-Soldaten in der BRD durch 3.700 Bundeswehrsoldaten bewachen.

4. Es geht um Einflussphären und Rohstoff-Ressourcen

Im geostrategischen Raum Eurasiens mit dem Balkan, dem Nahen und Mittleren Osten bildet Afghanistan einen Knotenpunkt weltweiter Expansionsstrategien der konkurrierenden imperialistischen Mächte. Die mittelasiatischen Staaten werden in starkem Maße vom Islam dominiert. Afghanistan grenzt an Iran, zentralasiatische Nachfolger-Staaten der UdSSR,

⁴³ Werner Ruf: Afghanistan im Fadenkreuz der Ölstrategie. SPW, Februar 2010.

an China, Indien und Pakistan. Das Land ist Zentrum der Kontrolle und Beherrschung der Energieversorgung. Die Lagerstätten des kaspischen Raumes werden ohne Iran auf 18 Milliarden Tonnen Erdöl und 24 Billionen Kubikmeter Gas geschätzt.⁴⁴ Hinzu kommen in Afghanistan zahlreiche, bis heute kaum ausgebeutete Bodenschätze wie Steinkohle, Erdgas, Eisenerz, Chrom, Kupfer, Blei, Zinn, Salz, Schwefel, Bauxit, Mangan, Gold und Lapislazuli (Lasurstein).

Was den Öltransit betrifft, so wurde hier Russland ausgebootet. Es reagierte u.a. mit dem Bau der Ostseepipeline. Dass deutsches Kapital sich daran aktiv beteiligt und seine Interessen durch Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder vertreten lässt, zeugt davon, dass hier zweigleisig vorgegangen wird. Dabei ist zu sehen, dass im Rahmen der widersprüchlichen Interessenkonflikte mit den imperialistischen Großmächten bereits 1996 das Fernostbündnis Shanghai Cooperation Organisation von China, Russland und Indien entstand, dem 2002 Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan beitraten. Diese Entwicklung wird von deutschen Kapitalkreisen vor allem unter dem Gesichtspunkt einer enger werdenden Zusammenarbeit Moskaus mit Peking argwöhnisch beobachtet. Die ostasiatische Konkurrenz "schläft nicht", erklärte ein Vorstandsmitglied des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft.

Deutsche Wirtschaftskreise stehen deshalb nicht gerade hinter den von den USA wieder verschärften Sanktionen gegen Russland. Sie wollen Moskau enger an Berlin und die EU binden. Aus Platzgründen kann hier nur am Rande die ungeheure Tragödie der betroffenen Völker erwähnt werden, die von Renegaten wie Gorbatschow, Jelzin oder einem Schewardnadse im Ergebnis der kontrevolutionären Zerschlagung der UdSSR und ihrer folgenden Zerstückelung zum Spielball imperialistischer Machtgelüste gemacht wurden.

Afghanistan ist nur ein, wenn auch ein strategisch herausragendes Beispiel.

Im Nahen Osten und auf Interventionsschauplätzen in Afrika bilden ökonomische Interessen ebenso den entscheidenden Hintergrund.

⁴⁴ FTD, 6. Dez. 2007; HB, 14. Dez. 2007.

Im Nahen Osten geht es um den Zugriff auf 137 Milliarden Tonnen Erdöl und 78 Billionen Kubikmeter Gas.

Aus der Vielzahl noch zwei weitere Beispiele: In Kosovo, wo die Bundesrepublik nach der (bereits erwähnten) diplomatischen Anerkennung des vom jugoslawischen Föderalstaat abgespaltenen Bosnien und Slowenien die Bürgerkriege in Jugoslawien auslöste, war sie mit der gleichen Strategie der Spaltung im Falle Kosovo an der neuerlichen Entfaltung dieser Konflikte federführend beteiligt.

Die Abspaltung des Kosovo von Restjugoslawien (seinem Kernland Serbien) geschah, um Zugriff auf die Erzkvorkommen des Kosovo zu erhalten. Sie werden allein in der Trepca-Mine im nördlichen Landesteil auf einen Wert von 25 Milliarden Euro veranschlagt. Hinzukommen auf rund 8,7 Millionen Tonnen geschätzte Braunkohlevorkommen, die nur wenige Meter unter der Erde liegend im Tagebau leicht gefördert werden können. Zu den Bewerbern um die Förderung dieser Rohstoffvorkommen gehörten die deutschen Energiemonopole RWE und EnBW.

Zum zweiten Beispiel: 2005 nahmen 75 Bundeswehrsoldaten an der UN-Mission UNMIS teil, die angeblich der Sicherung des Friedensvertrages zwischen der Regierung in Khartum und der südsudanesischen Volksbefreiungsfront SPLM dienen sollte. Tatsächlich ging und geht es um den Zugang zum erdölreichen Südsudan, von wo deutsche Konzerne (Siemens, Thyssen/Krupp, Strabac und Thormählen) neben einer Bahnlinie auch eine Pipeline für den Öltransport in Richtung Indischer Ozean bauen.⁴⁵ Die dort ebenfalls auf Erdöljagd befindlichen USA- und EU-Konzerne betrieben zur Sicherung ihrer Pfründe die Abspaltung des Südens vom Zentralstaat Sudan.

Nochmals zurück zu Afghanistan: Hier sprach der damalige Verteidigungsminister Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg unverblümt Klartext, als er erklärte, es handele sich dort „in der Gesamtregion

⁴⁵ Tobias Pflüger/Jürgen Wagner: : „Auf in den Sudan“, „junge Welt“, 22. April 2005. Siehe zur Thematik auch Eva Niemeyer: Der BRD-Imperialismus nach 1989. Von territorialer zu hegemonialer Expansion. „offen-siv“, Nr. 8/2009.

um ein Kerngebiet, bei dem deutsche Sicherheitsinteressen aber auch Wirtschaftsinteressen berührt sind“.⁴⁶

5. Bundeswehr führt weltweit Krieg

Die Bundesrepublik ist treibende Kraft der forcierten EU-Militärallianz, wobei sie sich derzeit (noch) zusammen mit Frankreich (Achse Berlin-Paris) die Führungsrolle teilt.

Machen wir uns keine Illusionen: Der deutsche Imperialismus, der in zwei Weltkriegen selbst um die Weltherrschaft gekämpft hat, ist nicht bereit, diese Rolle heute den USA zu überlassen.

Nach der Fürstenfeldbrucker Tagung sprach der damalige Außenminister und frühere BND-Chef Klaus Kinkel dazu bereits 1993 Klartext: „Nach außen gilt es, etwas zu vollbringen, woran wir zweimal zuvor gescheitert sind: Im Einklang mit unseren Nachbarn zu einer Rolle zu finden, die unseren Wünschen und unserem Potenzial entspricht“, zitierte ihn die „FAZ“ am 19. März 1993.

Das heißt, diesmal will der deutsche Imperialismus „den Platz an der Sonne“ an der Spitze der EU erobern. Dazu wirft er sein militärisches Gewicht in die Waagschale. Laut „Spiegel“ (49/03) plante schon der frühere SPD-Kriegsminister Struck über die damals bereits eingesetzten 9.000 Mann hinaus zunächst ständig 35.000 Soldaten zu weltweiten „auch Kriegseinsätzen“ - und für „große Operationen“ 130.000 Bundeswehrsoldaten bereitzustellen.

Und so ging bzw. geht es weiter.

Die Bundeswehr ist heute weltweit in zirka 30 Ländern an völkerrechts- und grundgesetzwidrigen Kriegseinsätzen beteiligt, darunter in Kosovo (KFOR), in Bosnien und Herzegowina (EUFOR), am Horn von Afrika (Enduring Freedom), in Äthiopien, Eritrea, Sudan, Somalia, Mali (wo gerade wieder zwei Bundeswehrsoldaten ums Leben kamen). Deutsche Soldaten stehen in Polen und Litauen an den Grenzen Russlands und in Georgien (ehemalige

⁴⁶ Interview in „Die Zeit“, 28. Jan. 2010.

UdSSR). Der damalige Bundespräsident Horst Köhler brüstete sich zum 50. Jahrestag der Bundeswehr, dass die Truppe seit 1992 bei neun Einsätzen 150.000 Soldaten ins Ausland geschickt habe, die Hälfte davon nach Afghanistan. Darüber, wie diese Ziffern angewachsen sind, liegen derzeit keine Angaben vor.

Nach offiziellen Angaben sind bei diesen Auslandseinsätzen seit 1992 106 Bundeswehrsoldaten ums Leben gekommen, 56 davon in Afghanistan, gefolgt von 27 in Kosovo und 19 in Bosnien-Herzegowina. Darunter fallen 22 Soldaten, die Selbstmord begingen. Tausende Soldaten kehren traumatisiert vom barbarischen Kriegsgeschehen zurück. DPA berichtete am 11. Februar 2015, dass sich 2014 allein 431 Bundeswehrangehörige deswegen in ärztlicher Behandlung befanden.

Spätesten hier ist ein Wort zu Bundeskanzlerin Angela Merkel zu sagen. Nachdem schon der einstige Verteidigungsminister Peter Struck verkündet hatte, die Bundesrepublik werde am Hindukusch verteidigt, ist die Kanzlerin heute logischerweise Oberbefehlshaberin.

In der DDR wuchs sie in Frieden auf, dieser Staat trug dazu bei, ihn zu bewahren. Die Pfarrerstochter konnte - entgegen den Klischees, dass Christen solche Bildungswege verwehrt wurden - unbeschwert studieren, promovieren, eine beachtenswerte wissenschaftliche Karriere einschlagen.

1989/90 wechselte sie auf die Seite des wieder zum Krieg treibenden Kapitals. Sie verantwortet heute deutsche Mitwirkung an von den Kriegsverbrechertribunalen nach dem Zweiten Weltkrieg, durch die Charta der Vereinten Nationen und dem noch gültigen Völkerrecht verbotenen Angriffskriegen, den schwersten aller Kriegsverbrechen.

Sie hat als Erste den Tod, die Verstümmelung und die Traumatisierung von deutschen Soldaten, die sie in diese barbarischen und verbrecherischen Kriege schickt, zu verantworten. Sie hat als Oberbefehlshaberin auch kriegsverbrecherische Befehle, wie den des Oberst Klein zur Vernichtung⁴⁷

⁴⁷ Der Terminus vernichten ist exakt dem in Afghanistan gebräuchlichen militärischen Sprachgebrauch entlehnt. So hatte auch Oberst Klein in seinem Befehl zum Angriff auf die Tanklaster angeordnet, die dort anwesenden Menschen zu „vernichten“.

von Zivilisten, darunter Frauen und Kinder, zu verantworten. Nach den vorliegenden Angaben waren es über 179 Opfer, vor allem Zivilisten, darunter bis zu 142 Tote.

Mit diesen Operationen, bei denen es um die Sicherung weltweiter strategischer Einflussphären und immer um Rohstoff-Ressourcen geht, agiert die BRD mit dem Ziel, die EU, einen Staatenbund mit 450 Millionen Menschen und der Hälfte der Weltwirtschaftskapazität, in eine Militärallianz mit einer weltweit interventionsfähigen schnellen Einsatztruppe zu formieren.

Die EU-Mitgliedsstaaten unterhalten fast zwei Millionen Soldaten, ihre Militärausgaben beliefen sich 2010 jährlich auf 200 Milliarden Euro.⁴⁸

Wie die USA verfolgt die EU ihre Expansionsziele unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung. Das von der EU mit der BRD an der Spitze verfolgte Ziel ist, die Militärallianz so zu stärken, dass sie den USA in absehbarer Zeit im Kampf um die Weltherrschaft Paroli bieten kann.

Es ist eine Entwicklung, die die Gefahr eines Dritten Weltkrieges heraufbeschwört.

Schlusswort

Kehren wir noch einmal zu Vietnam zurück. Dort erlitten die USA 1975 ihre bis dahin schwerste Niederlage.

Nach einem 20jährigen Vernichtungskrieg, in dem sie eine halbe Million Mann Bodentruppen eingesetzt und mit 56.000 Toten bezahlt hatten, scheiterten sie, das Land ihrer neokolonialen Besatzungsherrschaft zu unterwerfen.

⁴⁸ GFP, 19. April 2010.

Der Widerstand gegen die heute von den USA angezettelten Eroberungskriege findet unter sehr unterschiedlichen Kräfteverhältnissen statt. Es ist keine Führerpersönlichkeit wie Ho chi Minh, keine Befreiungsfront wie sie die Patrioten Vietnams zustande brachten, in Sicht.

Eins jedoch steht unter dem Gesichtspunkt der Lehren Vietnams schon heute fest: Die USA und in ihren Fußtapfen die EU und ihre großdeutsche Führungsmacht werden am Widerstandswillen, am Freiheits- und Unabhängigkeitsdrang der Völker scheitern.

So wie keine „Vietnamisierung“ 1975 die Niederlage in Saigon verhindern konnte, wird sie heute wie in Zukunft weder eine „Irakisierung“ noch „Afghanisierung“ - oder um was für Truppen von welchen Marionettenregimes es sich noch handeln möge - vor dem gleichen Schicksal bewahren.

Schließlich sollte eine Erfahrung der Geschichte nicht vergessen werden: Antikriegspositionen und Friedenskampf haben immer den sozialen Bewegungen Auftrieb verschafft. Unter diesem Gesichtspunkt muss die Vertiefung der Protestbewegungen gegen imperialistische Kriege ein herausragendes Anliegen aller Menschen sein, die Frieden, Fortschritt und Humanität verpflichtet sind.

Hinzu kommt ein meist wenig oder auch gar nicht beachteter außenpolitischer bzw. internationaler Aspekt: Nach dem Untergang der UdSSR hat objektiv die Volksrepublik China als führende antiimperialistische, friedenssichernde und eine sozialistische Perspektive verkörpernde Kraft die Bühne der Geschichte betreten.

Es dürfte nur noch wenige Jahre dauern bis sie die USA als Wirtschaftsmacht auf den zweiten Platz verweist und militärisch zunächst gleich ziehen wird. Das dürfte weitreichende Auswirkungen auf nationale Prozesse in der Dritten Welt haben, den Weltherrschaftsgelüsten der imperialistischen Gruppierungen (USA, EU und Japan) Grenzen setzen und könnte sich langfristig ebenso auf die derzeit völlig zu Ungunsten der Arbeiter- und sozialen Bewegungen in den kapitalistischen Industriestaaten verlaufenden Klassenkräfteverhältnisse auswirken.

Natürlich hängt eine solche Entwicklung entscheidend davon ab, dass die Kommunistische Partei Chinas in dieser Entwicklung, in der in der Wirtschaft ein starker kapitalistischer Sektor mit seinen vielseitigen Ausstrahlungen eine beträchtliche Rolle spielt, ihre führende Rolle behauptet und diese Prozesse unter Kontrolle behält. Nach allem, was zu beobachten ist, scheinen die Zeichen dafür jedoch günstig zu stehen. Es verwundert deshalb, dass von Kommunisten und revolutionären Linken dieser im Fernen Osten vor sich gehende Prozess verfolgt wird – wenn überhaupt – als wenn er auf einem weit von uns entfernt liegenden Stern stattfände. Hängt das vielleicht damit zusammen, dass man sich schwer vorstellen oder gar damit abfinden könnte, dass revolutionäre Prozesse, wie sie heute in Afrika oder Lateinamerika schon von Peking beeinflusst werden, auch in Europa davon berührt werden könnten?

Eine Diskussion darüber könnte von Nutzen sein.

Gerhard Feldbauer

Anhang

1. Abkürzungen von Medien

ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst, Presseagentur der DDR
AFP	Agence France Press
AP	Associated Presse
DPA	Deutsche Presseagentur

FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FTD	Financial Times Deutschland
GFP	German Foreign Policy (online-Portal/Newsletter)
HB	Handelsblatt
jW,	junge Welt,
KAZ	Kommunistische Arbeiterzeitung
MB	Marxistische Blätter
NZ	Nürnberger Zeitung
UPI	Unidet Presse International
UZ	Unsere Zeit

2. Literatur, Quellen zum Nachschlagen

Aumüller, Franz: Kriegsbasis Westdeutschland. Berlin 1957.

Kühlig, Gerhard/Schwarz, Gerd: Bundeswehr hinter Paragraphengittern. Berlin 1957.

Schwarzer, Josef (Hg.): Deutsche Kriegsbrandstifter wieder am Werk. Berlin 1960.

Schneider, Theodor/Pfannenschwarz, Karl: Das System der Gesinnungsverfolgung in Westdeutschland. Berlin 1964.

- Alsheimer, George W. (Pseudonym für Erich Wulff): Vietnamesische Lehrjahre. Bericht eines Arztes aus Vietnam (1961-1967), Frankfurt/Main 1968, 1972.
- Russel, Bertrand/Sartre, Paul: Das Vietnam-Tribunal oder Amerika vor Gericht. Bd. I, Hamburg 1968, Bd. II, Hamburg 1969.
- Mader, Julius: Hitlers Spionagegenerale sagen aus. Berlin 1970.
- Sheehan, Neil: Die Pentagon-Papiere. Die geheime Geschichte des Vietnamkrieges. München/Zürich 1971
- Rennhack, Horst: BRD-Imperialismus, Komplize der USA-Aggression in Indochina. Berlin 1973.
- Thomas, Siegfried: Der Weg in die NATO. Zur Integrations- und Remilitarisierungspolitik der BRD 1949-1955. Berlin 1978.
- Engmann, Günter: Die USA-Aggression gegen Vietnam. Berlin/DDR 1983.
- Britsche, Heinz: Kanonenbootpolitik. Berlin 1984.
- Knorr, Lorenz: NATO. Geschichte, Strategie, Atomkriegsplanung. Frankfurt/Main 1985
- Shilin, P. A./Brühl, R./Sobczak, K. (Hg.): NATO-Staaten und militärische Konflikte. Berlin 1988
- Mader, Julius: CIA-Operation Hindukusch. Berlin 1988.
- Höpcke, Klaus: 50 Brücken. Antikriegsreden gegen den Überfall der NATO auf Jugoslawien. Berlin 1999.
- Krusch, Hans-Joachim (Hg.): Sozialistische Bewegung gegen Militarismus und Krieg. Schkeuditz 2000.
- Pätzold, Kurt: Ihr wart die besten Soldaten. Ursprung und Geschichte einer Legende. Leipzig, 2000.
- Schölzel, Arnold: Das Schweigekartell. Fragen und Widersprüche zum 11. September. Berlin 2002.
- Bentzin, Hans: Die CIA und der 11. September. München 2003, ders.: Division Brandenburg. Die Ranger von Admiral Canaris. Berlin 2004.
- Sander, Ullrich: Die Macht im Hintergrund. Köln 2004.

3. Dokumentationen

Weißbuch über die amerikanisch-englische Interventionspolitik in Westdeutschland und das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus. Berlin 1951.

Weißbuch über den Generalkriegsvertrag. Berlin 1952.

Monopole, Militarismus, Massenmord. Berlin 1959.

Frieden oder Krieg? Weißbuch über die Politik der beiden deutschen Staaten. Berlin 1960.

Die Militarisierung der Wirtschaft Westdeutschlands. Berlin 1960.

Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik. Berlin 1965. Reprint der 3. Auflage von 1968 bei edition ost im Verlag Das neue Berlin, Berlin 2002.

Bonn bereitet den Giftkrieg vor. Berlin 1969.

Bundeswehr - antinational und aggressiv. Hg. Deutsches Institut für Militärgeschichte der DDR, Berlin 1969.

Bundeswehr abschaffen. Keine EU-Armee. Deutsche Friedensgesellschaft, Vereinte Kriegsdienstgegner/innen, Gruppe Kiel. Kiel 2004.

4. Der Autor zum Thema

* Damals Vietnam, heute Irak. Wie sich die Bilder gleichen. Offen-siv, Hannover 2005.

* Zusammen mit Irene Feldbauer: Sieg in Saigon. Erinnerungen an Vietnam. Pahl Rugenstein Nachf., Bonn 2005, 2. Aufl. 2006.

* Vietnamkrieg. Papyrossa Verlag, Köln 2013.

Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14,
37194 Bodenfelde-Wahmbeck
Postvertriebsstück,
DPAG, H 14360
Entgelt bezahlt

